



EUROBAROMETER 58 - Länderbericht Deutschland

Deutschland in Europa 2002 An der Schwelle zur Erweiterung Die Europäische Union vor einer großen Aufgabe

Untersuchung im Auftrag
der Vertretung der Europäischen Kommission
in der Bundesrepublik Deutschland

«Dieser Bericht gibt nicht den Standpunkt der Europäischen Kommission wieder. Interpretationen und Meinungen, die in diesem Bericht geäußert werden geben allein den Standpunkt der Autoren wieder.»

31. Januar 2003

EORG E.E.I.G.
111 rue Colonel Bourg – 1140 Brussels - Belgium
Tel : +32 / 2 – 775.01.12 – Fax : +32 / 2 – 761.02.75 – Email : info@eorg.be

1	Einleitung	4
2	Zusammenfassung der Hauptergebnisse.....	5
3	Aktuelle Persönliche Situation und Zukunftserwartungen der Bürger	9
3.1	Einschätzung der allgemeinen Lebenssituation und Erwartungen für 2003	9
3.2	Bedrohungen aus Sicht der Bürger.....	11
4	Erweiterung der Europäischen Union.....	13
4.1	Einstellung zur EU-Erweiterung.....	13
4.2	Information zur EU-Erweiterung	13
4.3	Auswahl der Beitrittskandidaten	14
4.3.1	Grundsätzliches Vorgehen.....	14
4.3.2	Befürwortung des Beitritts der aktuellen Kandidaten.....	15
4.3.3	Erweiterung um weitere Staaten.....	16
4.4	Mögliche Folgen der EU-Erweiterung.....	17
4.5	Zusammenfassung	19
5	Zukünftige Gestaltung der Europäischen Union.....	20
5.1	Strukturelle Reformen	20
5.2	Entscheidungen auf Europäischer Ebene.....	20
5.3	Zusammenfassung	21
6	Image der EU und der deutschen EU-Mitgliedschaft.....	22
6.1	Persönliches Bild und persönliche Bedeutung der EU	22
6.2	Einschätzung der deutschen Mitgliedschaft.....	23
6.3	Einschätzung der EU-Institutionen.....	25
6.4	Europäische vs. nationale Identität.....	27
6.5	Zusammenfassung	28
7	Aufgaben der Europäischen Union und Unterstützung der EU-Politik	29
7.1	Durch die EU vorrangig zu lösende Aufgaben und die Wirksamkeit ihres Handelns	29
7.2	Regierungs- und Unionsaufgaben	31
7.3	Die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik	34
7.4	Zusammenfassung	35
8	Die Europäische Währungsunion	36
8.1	Einstellung zur Währungsunion nach der Einführung des Euro.....	36
8.2	Preisniveau nach Einführung des Euro: Euro=Teuro	36
8.3	Zusammenfassung	37
9	Kenntnis der Europäischen Union	38
9.1	Subjektiv empfundener Wissensstand und tatsächliche Kenntnisse.....	38
9.2	Informationsverhalten	39
9.3	Kenntnis der Institutionen.....	41
9.4	Zusammenfassung	42
10	Anhang.....	43

Deutschland in Europa 2002: An der Schwelle zur Erweiterung Die Europäische Union vor einer großen Aufgabe

Thomas Hanßen
Dr. Christian Holst
INRA Deutschland

HIGHLIGHTS

- **Angst vor kriegerischen Auseinandersetzungen nimmt bei Jüngeren stark zu**
 - + Waren noch im April 2002 die 15-24jährigen von allen Ängsten am wenigsten betroffen, so ist im Oktober in dieser Altersgruppe die Angst vor kriegerischen Auseinandersetzungen am größten.
- **Deutsche EU Mitgliedschaft wird zunehmend positiv gesehen**
 - + Der Anteil der Deutschen, der die Mitgliedschaft für eine gute Sache hält, steigt um sieben Prozentpunkte auf 59% und übertrifft damit den EU-Durchschnitt.
- **Vorteile der EU-Mitgliedschaft werden am konkreten Beispiel eher deutlich**
 - + 46% der Deutschen meinen, dass Deutschland durch die EU-Mitgliedschaft eher Vorteile hat. In Verbindung mit dem konkreten Beispiel der Überschwemmungen im Sommer 2002 sehen dagegen 58% einen Vorteil in der deutschen Mitgliedschaft, wenn es um Hilfe bei der Beseitigung der Schäden geht.
- **Einstellung der Deutschen zur Erweiterung im Oktober positiver als im April 2002**
 - + Die grundsätzliche Zustimmung zur EU-Erweiterung steigt zwischen April und Oktober 2002 um drei Prozentpunkte auf 46%.
 - + Die Anzahl der Kandidatenländer, deren Aufnahme von einer Mehrheit der Deutschen befürwortet wird, steigt von drei auf fünf.
- **Wissenslücken im Bezug auf die Europäische Union**
 - + Nach eigener Einschätzung gehören die Deutschen zu den am Besten über die Europäische Union informierten EU-Bürgern. Objektiv anhand von fünf Wissensfragen betrachtet, gehört Deutschland jedoch zu den fünf EU-Ländern mit dem niedrigsten Wissensstand.
 - + Lediglich vier von zehn Deutschen wissen, dass die Mitglieder des Europäischen Parlaments von den Bürgern gewählt werden.

1 EINLEITUNG

Der vorliegende Bericht stellt die Ergebnisse des Eurobarometer 58.1 für Deutschland vor. Die Befragung wurde im Auftrag der Europäischen Kommission von der European Opinion Research Group im Oktober 2002 durchgeführt. Wesentliche Themen sind die Einstellungen der Bürger zur Europäischen Union, ihrer Politik und ihrer Institutionen sowie zur anstehenden Erweiterung um die mittel- und osteuropäischen Länder.

Kapitel 2 gibt einen Überblick über die Hauptergebnisse der Befragung.

Als Einstieg wird in Kapitel 3 über die Einschätzung der allgemeinen Lebenssituation und die Zukunftserwartungen der Bürger berichtet.

Kapitel 4 ist dem aktuellen Thema Erweiterung der Europäischen Union gewidmet. Hier geht es um die grundsätzliche Einstellung der Bürger in der Frage der Erweiterung, um das Auswahlverfahren und die Befürwortung der Aufnahme der einzelnen Beitrittskandidaten. Abschließend wird in diesem Kapitel auf die erwarteten Folgen der EU-Erweiterung eingegangen.

Kapitel 5 behandelt die zukünftige institutionelle Gestaltung und die Entscheidungsfindung der Europäischen Union.

In Kapitel 6 werden die Einstellungen zur EU insgesamt, zu den einzelnen Institutionen sowie zur deutschen EU-Mitgliedschaft dargestellt.

In Kapitel 7 geht es um die Aufgaben der EU aus Sicht der Bürger. Es gibt einen Überblick über zu lösende Probleme und die gewünschte Verteilung der Aufgaben zwischen der Europäischen Union und der Deutschen Bundesregierung.

Kapitel 8 behandelt die Einstellung der Deutschen zur Europäischen Währungsunion und zur Einführung des Euro in Deutschland.

Kapitel 9 befasst sich schließlich mit dem Kenntnisstand der Bürger im Bezug auf die Europäische Union und ihre Institutionen.

Der Anhang enthält die technischen Spezifikationen der Untersuchung und den Fragebogen.

2 ZUSAMMENFASSUNG DER HAUPTERGEBNISSE

Pessimismus im Bezug auf Wirtschaft und Arbeitsmarkt geht leicht zurück, Angst vor kriegesischen Auseinandersetzungen nimmt bei Jüngeren stark zu

- Zwar sinkt der Anteil der Deutschen, der für das Jahr 2003 eine Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation und des Arbeitsmarktes erwartet, dennoch beträgt er immer noch über 50%.
- Für sich selbst erwartet dagegen nur jeder zehnte Deutsche eine Verschlechterung der beruflichen Situation und etwa jeder fünfte eine Verschlechterung der finanziellen Situation des eigenen Haushalts. Die Mehrheit erwartet keine Veränderung im persönlichen Bereich.
- Die allgemeine Lebenszufriedenheit der Bürger liegt in Deutschland etwa im Mittelfeld aller EU-Staaten. Sie ist in Ostdeutschland jedoch deutlich niedriger als in Westdeutschland.
- Die Ängste der Bürger vor Terrorismus, kriegesischen Auseinandersetzungen, organisierter Kriminalität und nuklearen Unglücksfällen nimmt von April bis Oktober 2002 wieder zu, nachdem sie gegenüber Herbst 2001 zurückgegangen waren.
- Waren noch im April 2002 die 15-24jährigen von allen Ängsten am wenigsten betroffen, so ist im Oktober in dieser Altersgruppe die Angst vor kriegesischen Auseinandersetzungen am größten.

Einstellung der Deutschen zur EU-Erweiterung leicht verbessert

- Sowohl die grundsätzliche Zustimmung als auch die Befürwortung des Beitritts nach Ländern hat sich zwischen April und Oktober 2002 positiv entwickelt. Dennoch ist sie in Deutschland nach wie vor geringer als im EU-Durchschnitt.
- Über die Hälfte der Deutschen spricht sich für eine Aufnahme nur einiger der Beitrittskandidaten aus.
- Wurde im April 2002 lediglich der Beitritt Ungarns, Tschechiens und Maltas von einer Mehrheit der Deutschen befürwortet, so gilt dies im Oktober zusätzlich für Estland und Lettland. Die Gesamtheit der EU-Bürger befürwortet nun sogar mehrheitlich die Aufnahme von insgesamt 9 Ländern. Zu den sechs Ländern, deren Beitritt im April befürwortet wurde (Ungarn, Tschechien, Malta, Polen, Zypern und Slowakei), kommen im Oktober Estland, Lettland und Litauen hinzu.
- Tendenziell sind zwischen April und Oktober 2002 mit der Erweiterung verbundene negative Erwartungen zurückgegangen, während positive zugenommen haben.

Deutsche EU-Mitgliedschaft wird zunehmend positiv bewertet

- Der Anteil der Deutschen, der die Mitgliedschaft des eigenen Landes in der Europäischen Union für eine gute Sache hält steigt um sieben Prozentpunkte auf 59% und ist damit größer als im EU-Durchschnitt.
- 46% der Deutschen und 50% der EU-Bürger sind der Meinung, ihr Land habe Vorteile durch die EU-Mitgliedschaft. Anhand des konkreten Beispiels der Überschwemmungen im Sommer 2002 sehen dagegen jeweils 58% der Deutschen und der EU-Bürger einen Vorteil in der EU-Mitgliedschaft, wenn es darum geht, Hilfe bei der Beseitigung der Schäden zu erhalten.
- Die Geschwindigkeit der europäischen Integration wird in Deutschland höher eingeschätzt als in der EU insgesamt. Gleichwohl wünschen sich die Deutschen wie auch die EU-Bürger eine Beschleunigung.
- Eine relative Mehrheit der Deutschen ist mit dem Funktionieren der Demokratie in der Europäischen Union zufrieden.
- Die eingeschätzte Bedeutung ebenso wie das Vertrauen in die EU-Institutionen ist zwischen April und Oktober 2002 in Deutschland ebenso wie EU-weit gestiegen.
- In Deutschland wird unabhängigen Institutionen wie dem Europäischen Gerichtshof, der Zentralbank und dem Rechnungshof höhere Bedeutung und Vertrauenswürdigkeit zugemessen als in der EU insgesamt. Die Bedeutung und auch die Vertrauenswürdigkeit der Europäischen Kommission und des Ministerrates wird trotz positiver Entwicklung dagegen in Deutschland geringer eingeschätzt als im EU-Durchschnitt.

Mehrheit der Bürger für Direktwahl des Kommissionspräsidenten

- In Deutschland spricht sich im Oktober 2002, anders als noch im April, eine knappe relative Mehrheit für eine Direktwahl des Präsidenten der EU-Kommission aus. EU-weit hat sich die im April noch hauchdünne Mehrheit für eine Direktwahl etwas vergrößert.
- Weiterhin sind 7 von 10 Deutschen und EU-Bürgern für den Rücktritt des Kommissionspräsidenten und der Kommissare, wenn diese nicht mehr das Vertrauen des Europäischen Parlaments besitzen.
- Jeweils mehr als 60% der Deutschen und der EU-Bürger sind für eine Verfassung der Europäischen Union.
- Gut die Hälfte der Deutschen und der EU-Bürger sind auch vor dem Hintergrund der EU-Erweiterung für eine Beibehaltung des Veto-Rechts zur Wahrung wesentlicher nationaler Interessen.

Bürger sehen Zuständigkeit und Kompetenz der EU vor allem auf den Gebieten der Außen- und Sicherheitspolitik

- Jeweils eine große Mehrheit der Bürger in Deutschland ist für eine gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik sowie eine gemeinsame Außenpolitik gegenüber Drittländern.
- Unter den Maßnahmen, die aus Sicht der Bürger durch die Europäische Union vorrangig behandelt werden sollten, steht die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit an erster Stelle. Ebenfalls hohe Priorität haben die Bewahrung von Frieden und Sicherheit in Europa, die Bekämpfung des Terrorismus, des organisierten Verbrechens und illegaler Einwanderung, der Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung sowie der Umwelt- und Verbraucherschutz.
- Gefragt, ob die Europäische Union auf diesen Gebieten wirksam handelt oder handeln würde, vertrauen drei Viertel der Deutschen und mehr als zwei Drittel der EU-Bürger auf die Handlungsfähigkeit der EU zur Bewahrung von Frieden und Sicherheit in Europa. Immerhin noch mehr als die Hälfte der Bürger sehen wirksames Handeln der EU bei der Terrorismusbekämpfung und dem Verbraucherschutz, rund 50% beim Umweltschutz. Im Bezug auf die ebenfalls dringenden Problemfelder Arbeitslosigkeit sowie Armut und soziale Ausgrenzung trauen dagegen weniger als die Hälfte der Deutschen und der EU-Bürger der Europäischen Union wirksames Handeln zu.
- Entscheidungen auf den Gebieten der Außenpolitik gegenüber Drittländern, Verteidigung, Terrorismusbekämpfung und Umweltschutz, aber auch der Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung sollten nach Ansicht der Deutschen wie auch der EU-Bürger innerhalb der Europäischen Union gemeinsam getroffen werden und nicht durch die nationalen Regierungen. Dagegen sehen die Deutschen, anders als die EU Bürger insgesamt, die Zuständigkeit für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit eher bei der Bundesregierung, obwohl dieses Thema ihrer Meinung nach auch in der EU oberste Priorität haben sollte.

Positive Sicht des Euro geht deutlich zurück

- Die Mehrheit der Deutschen wie auch der EU-Bürger ist nach wie vor für die Europäische Währungsunion, allerdings ist die Zustimmung jeweils leicht rückläufig.
- Deutlich kleiner geworden ist der Bevölkerungsanteil in Deutschland und in der EU insgesamt, der die Einführung des Euro im Nachhinein für eine gute oder gar sehr gute Sache hält.
- 9 von 10 Deutschen und EU-Bürgern meinen, dass es im Zuge der Währungsumstellung zu Preiserhöhungen gekommen sei, etwa drei von vier Befragten haben sogar generelle Preiserhöhungen in allen Bereichen wahrgenommen.

Erhebliche Wissenslücken im Bezug auf die Europäische Union

- Obwohl die Deutschen nach eigener Einschätzung zu den am Besten über die Europäische Union informierten EU-Bürgern gehören beantworten sie nur zwei von fünf Wissensfragen über die Europäische Union zu einem größeren Anteil richtig, als der EU-Durchschnitt. Damit gehören sie objektiv betrachtet zu den fünf Ländern mit dem niedrigsten Wissensstand.
- Nur rund vier von zehn Deutschen (und EU-Bürgern) ist bewusst, dass die Mitglieder des Europäischen Parlaments von den Bürgern gewählt werden.

3 AKTUELLE PERSÖNLICHE SITUATION UND ZUKUNFTSERWARTUNGEN DER BÜRGER

3.1 Einschätzung der allgemeinen Lebenssituation und Erwartungen für 2003

Trotz der angespannten wirtschaftlichen Lage in Deutschland zeigen die Deutschen beim Ausblick auf das Jahr 2003 in einigen Aspekten Optimismus, teilweise wächst jedoch auch der Anteil, der eine Verschlechterung der Situation erwartet. So sind vier von fünf Deutschen (78%) und EU-Bürgern (80%) mit ihrem Leben sehr oder ziemlich zufrieden. Der Bevölkerungsanteil, der mit dem Leben im allgemeinen zufrieden ist, liegt seit Dezember 1999 in etwa auf diesem Niveau. Die allgemeine Zufriedenheit ist am höchsten in Dänemark (96%) und Luxemburg (94%), am geringsten in Portugal (59%) und Griechenland (58%). In Deutschland ist die Zufriedenheit in den alten (westdeutschen) Bundesländern mit 81% deutlich höher als in den neuen Bundesländern mit 67%.

Die größte Zufriedenheit herrscht in Deutschland unter den 15-24jährigen und den über 55jährigen. Ebenfalls überdurchschnittlich ist die Lebenszufriedenheit bei den Personen mit der umfassendsten Ausbildung (Alter bei Abschluss über 20 Jahre) und solchen, die sich noch in Ausbildung befinden, bei Leitenden Angestellten und Selbstständigen, aber auch bei Hausfrauen bzw. Hausmännern.

Im Bezug auf das eigene Leben im Allgemeinen glauben in Deutschland 62%, EU-weit 51% der Bürger, dass im Jahre 2003 alles beim Alten bleibt, während 18% der Deutschen (+ 1 Pp.) und sogar 34% der EU-Bürger (+11 Pp.) eine Verbesserung ihrer Lebensumstände erwarten. Allerdings steigt auch der Anteil derjenigen, die eine Verschlechterung ihrer Lebensumstände erwarten im Zeitraum von Dezember 2001 bis Oktober 2002 um jeweils 3 Prozentpunkte; in Deutschland von 13% auf 16%, EU-weit von 8% auf 11%. Anders als im Falle der momentanen Zufriedenheit mit dem eigenen Leben im Allgemeinen gibt es im Bezug auf die Zukunftserwartung praktisch keinen Unterschied zwischen der Einschätzung in West- und Ostdeutschland.

Im Bezug auf die wirtschaftliche Situation des jeweiligen Landes scheint der Pessimismus, der sich im Laufe des Jahres 2001 verbreitet hatte, nicht weiter anzuwachsen. Nachdem in Deutschland von Januar bis Dezember 2001 der Anteil derjenigen, die eine Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage erwarteten, von 28% auf 53% gestiegen war, geht er bis Oktober 2002 wieder auf 49% zurück. Eine Besserung erwarten im Oktober 2002 15% der Deutschen, während es im Dezember 2001 nur 9% waren. EU-weit hatte sich die Einschätzung der wirtschaftlichen Lage im Jahre 2001 weniger drastisch verschlechtert als in Deutschland und ist im Oktober 2002 in etwa auf dem Stand von Dezember 2001. 16% der EU-Bürger erwarten für ihr Land eine Verbesserung, 41% eine Verschlechterung, 36% erwarten, dass sich die wirtschaftliche Situation 2003 nicht verändert.

Ähnlich sieht es aus im Bezug auf die Arbeitsmarktsituation im eigenen Land. Nach einem dramatischen Anstieg des Anteils der Pessimisten in 2001 (in Deutschland von 29% auf 61%, EU-weit von 23% auf 42%) erwarten in Deutschland im Oktober 2002 noch 55% eine Verschlechterung der Beschäftigungssituation, eine Besserung erwarten 14%, während im Dezember 2001 nur 6% mit einer Entspannung auf dem Arbeitsmarkt rechneten.

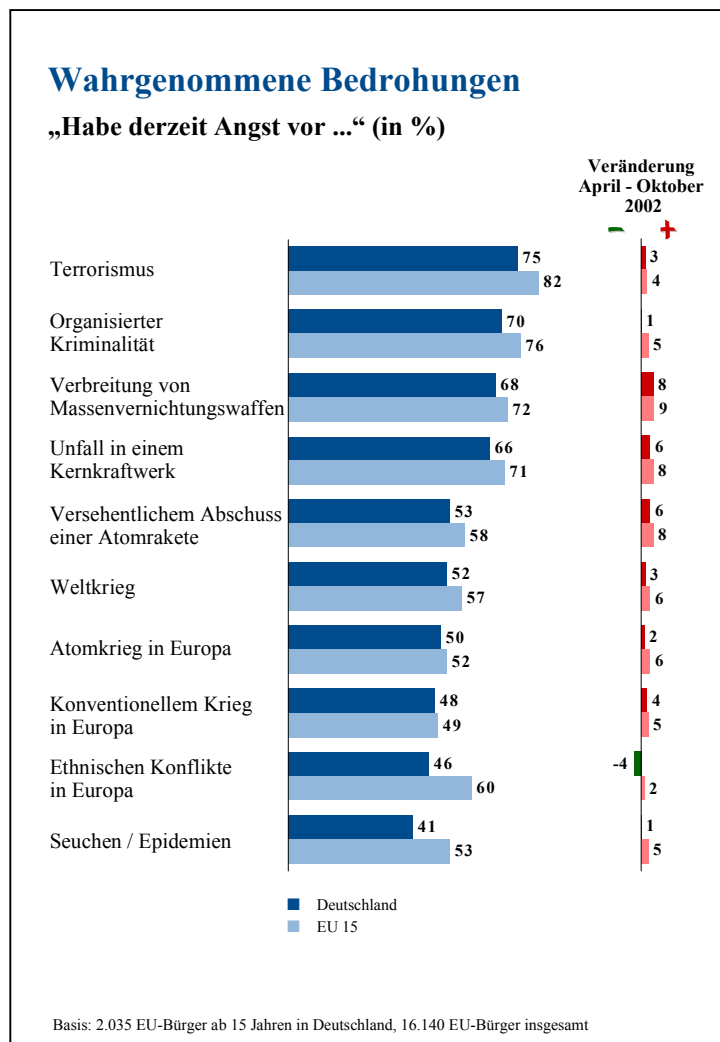
Weit weniger stark sind die Schwankungen der Erwartungen im Bezug auf die eigene Beschäftigungssituation. Der Anteil derjenigen, die für das kommende Jahr eine Verschlechterung ihrer eigenen Situation erwarten, lag von Dezember 1999 bis Dezember 2001 in Deutschland unter 10%, im Oktober 2002 beträgt er 11%, während er EU-weit 8% beträgt. Eine Verbesserung erwarten in Deutschland 14%, EU-weit 23%. Jeweils über 60% erwarten im Oktober 2002, dass sich ihre berufliche Situation 2003 nicht verändert.

Auch die Erwartungen bezüglich der finanziellen Situation des eigenen Haushalts sind im Zeitablauf stabiler als die Einschätzungen der allgemeinen wirtschaftlichen Situation. Hier ist im Vergleich zu den Vorjahren im Oktober 2002 eine leichte Zunahme des Anteils zu verzeichnen, der eine Verschlechterung erwartet, in Deutschland seit Dezember 2001 von 16% auf 22%, EU-weit von 11% auf 16%. Dabei geht der Anteil, der keine Veränderung erwartet stärker zurück als der Anteil der Optimisten der in Deutschland 15%, EU-weit 24% beträgt.

Ebenso wie im Bezug auf die aktuelle Lebenssituation gilt auch für die Zukunftserwartungen, dass die jüngeren Altersgruppen, Personen mit umfassenderer Ausbildung sowie Selbständige und Leitende Angestellte, aber auch Angestellte im Allgemeinen tendenziell etwas optimistischer sind.

3.2 Bedrohungen aus Sicht der Bürger

Während sich bei den Zukunftserwartungen der Bürger im Bezug auf ihr Leben im Allgemeinen und die ökonomische Situation teilweise eine Trendwende zu einer weniger pessimistischen Einschätzung abzeichnet, ist das allgemeine Bedrohungsgefühl zwischen April und Oktober 2002 in Deutschland wie auch EU-weit gewachsen. Am stärksten zugenommen hat dabei die Angst vor der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, aber auch atomare Unglücksfälle und kriegsartige Auseinandersetzungen werden in höherem Maße befürchtet. Im Unterschied zur Europäischen Union insgesamt nimmt in Deutschland die Angst vor Terrorismus und organisierter Kriminalität nur geringfügig zu, die Befürchtung ethnischer Konflikte in Europa geht sogar leicht zurück.



Generell steigt das Bedrohungsgefühl in Deutschland etwas weniger an als im EU-Durchschnitt, was möglicherweise auf die Haltung der deutschen Bundesregierung zu einem Krieg gegen den Irak zurückzuführen ist.

Während von jüngeren Menschen eher Angst vor kriegesischen Auseinandersetzungen und ethnischen Konflikten bekundet wird, haben ältere in stärkerem Maße Angst vor einem Unfall in einem Kernkraftwerk, dem versehentlichen Abschuss einer Atomrakete oder organisierter Kriminalität. Im Bezug auf Terrorismus und die mögliche Verbreitung von Massenvernichtungswaffen ist keine altersabhängige Tendenz zu erkennen, hier sind alle Altersgruppen nahezu gleichermaßen betroffen.

Waren noch im April 2002 die 15-24jährigen von allen Ängsten am wenigsten betroffen, so ist im Oktober in eben dieser Altersgruppe die Angst vor kriegesischen Auseinandersetzungen am größten.

4 ERWEITERUNG DER EUROPÄISCHEN UNION

4.1 Einstellung zur EU-Erweiterung

In Deutschland ist die Zustimmung zur EU-Erweiterung zwischen April und Oktober 2002 leicht um 3 Prozentpunkte auf nunmehr 46% gestiegen. Die Zustimmung weist damit gegenüber April wieder eine steigende Tendenz auf, nachdem sie zwischen Dezember 2001 und April 2002 leicht rückläufig war. Die Zunahme beruht auf einer erhöhten Zustimmung in Westdeutschland (April 42%, Oktober 46%), während sie in Ostdeutschland von 48% auf 45% zurückging. Deutschland ist nach wie vor eines der Länder mit der geringsten Zustimmung, nur in Frankreich (41%) und UK (42%) ist die Zustimmung zu einer Erweiterung geringer. 34% der Deutschen sprechen sich explizit gegen eine Erweiterung aus und 20% antworten mit „weiß nicht“ oder machen hierzu keine Angabe. Für die Erweiterung sind in Deutschland eher die jüngeren Altersgruppen sowie Personen mit umfassenderer Ausbildung, unter den Berufsgruppen vornehmlich Leitende Angestellte, Selbständige und Studenten.

EU-weit ist die Zustimmung zur EU-Erweiterung um zwei Prozentpunkte, von 50% im April 2002 auf 52% im Oktober gestiegen.

Die Aufnahme neuer Mitgliedsstaaten in die Europäische Union ist jedoch nur für ein Viertel der Deutschen (25%) eine von der EU vorrangig zu behandelnde Maßnahme, in Ostdeutschland sogar nur für ein Fünftel. In der EU insgesamt sehen deutlich mehr, nämlich 31% der Bürger die EU-Erweiterung als vorrangig an.

4.2 Information zur EU-Erweiterung

Das Interesse und der selbst berichtete Informationsstand über die EU-Erweiterung ist unter den deutschen Befragten etwas höher als im EU-Durchschnitt. So fühlt sich etwa ein Viertel (26%) der Deutschen gut oder sehr gut informiert, in der EU insgesamt nur etwa jeder fünfte Bürger (21%). Damit sind die Anteile seit April 2002 unverändert geblieben.

Die Hauptinformationsquelle zum Thema EU-Erweiterung ist in Deutschland wie in der EU insgesamt das Fernsehen, 64% der Deutschen sowie 56% der EU-Bürger haben durch dieses Medium etwas über die Erweiterung erfahren. An zweiter Stelle stehen Tageszeitungen, die jedoch in Deutschland mit einem Anteil von 48% gegenüber 33% in der EU insgesamt von einem größeren Bevölkerungsanteil als Informationsquelle genutzt werden. Ein Viertel der Deutschen und ein Fünftel der EU-Bürger nennen das Radio, 16% bzw. 13% Wochenzeitungen und Zeitschriften als Informationsquelle. Etwa jeder zehnte Deutsche oder EU-Bürger hat auch durch Gespräche im sozialen Umfeld Informationen zur EU-Erweiterung erhalten.

Fernsehen, Zeitungen und Zeitschriften sowie der Rundfunk werden von Deutschen durchweg häufiger als Informationsquellen genannt, als von den EU-Bürgern insgesamt, dagegen entspricht die Nutzung des Internet als Informationsmedium zum Thema EU-Erweiterung mit 5% in Deutschland dem EU-Durchschnitt.

Die deutschen Befragten geben mit 16% deutlich weniger häufig als die EU-Bürger insgesamt mit 29% an, dass sie mangels Interesse nie nach Informationen zur EU-Erweiterung suchen.

Dementsprechend ist auch die (subjektiv eingeschätzte) persönliche Beteiligung an der Diskussion der EU-Erweiterung in Deutschland höher als im EU-Durchschnitt. So geben 26% der Deutschen und 21% der EU-Bürger an, dass sie sich etwas oder in großem Maße an der Diskussion beteiligen.

4.3 Auswahl der Beitrittskandidaten

4.3.1 Grundsätzliches Vorgehen

Im Bezug auf das grundsätzliche Vorgehen bei der Auswahl der Beitrittskandidaten zeigt sich sowohl in Deutschland als auch in der EU insgesamt mit dem Näherücken des Erweiterungstermins eine zunehmende Präferenz für eine selektive Vorgehensweise. Während die Anteile derjenigen, die alle beitrittswilligen Länder aufnehmen würden sowie der generellen Erweiterungsgegner zurückgehen, steigt in Deutschland der Anteil, der nur einige der Beitrittskandidaten aufnehmen möchte, von 47% im April auf 54% im Oktober 2002, EU-weit von 40% auf 46%.

In Deutschland befürwortet nun nur noch eine Minderheit von 12% die Aufnahme aller beitrittswilligen Länder (April 2002: 14%). Parallel dazu verringert sich der Anteil derjenigen, die keine weiteren Länder in die EU aufnehmen möchten, von 24% im April auf 21% im Oktober.

Die Aufnahme neuer Mitgliedsländer in die Europäische Union ist an die Erfüllung bestimmter Kriterien geknüpft. Voraussetzungen sind vor allem politische und wirtschaftliche Stabilität sowie die Fähigkeit zur Übernahme des gemeinschaftlichen Besitzstands der Europäischen Union in Verwaltung, Wirtschaft und Gesellschaft. In dieser Befragung wurde hierzu erstmals die Einschätzung der EU-Bürger erhoben, welche Fortschritte die Länder Mittel- und Osteuropas seit dem Fall der Mauer 1989 in dieser Beziehung gemacht haben.

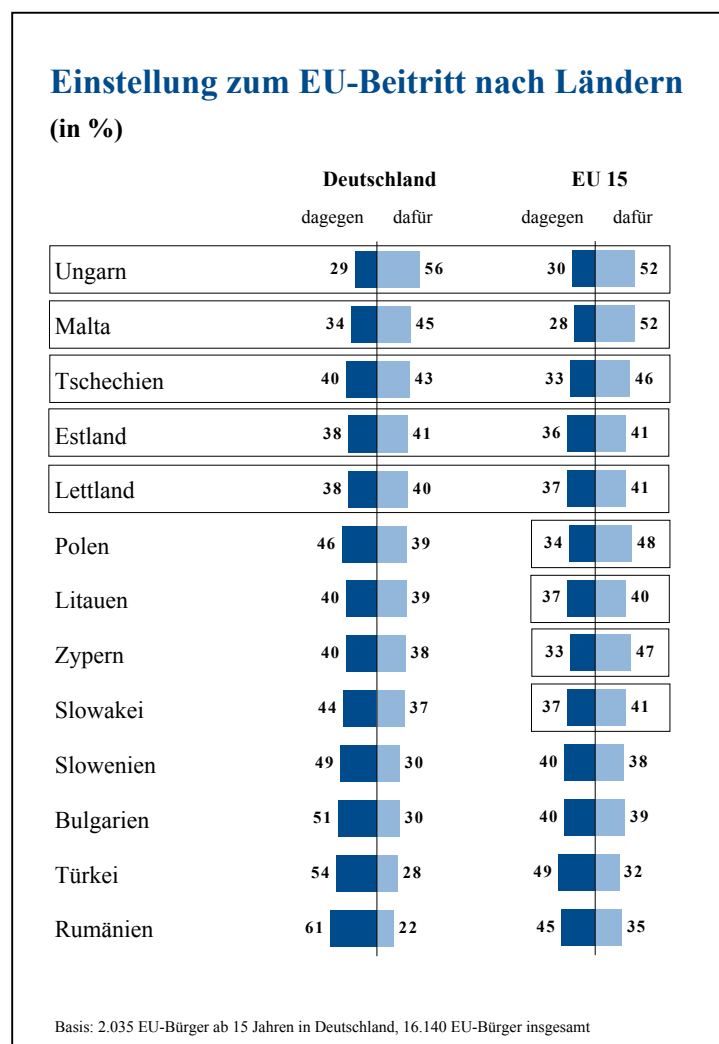
In Deutschland wie in der EU insgesamt ist jeweils eine klare Mehrheit der Bürger der Meinung, dass diese Länder seit 1989 demokratischer geworden sind (Deutschland: 54%, EU: 56%). Bei der Bekämpfung der Korruption sieht jedoch jeweils nur eine Minderheit von 27% der Deutschen und 29% der EU-Bürger Fortschritte der Mittel- und Osteuropäischen Länder.

Ebenfalls eine Minderheit von 38% der Deutschen und 34% der EU-Bürger hält die wirtschaftliche Entwicklung für erfolgreich in dem Sinne, dass die betreffenden Länder seit 1989 wohlhabender geworden sind.

Auch eine Verbesserung der Umwelt in den Mittel- und Osteuropäischen Ländern vermuten nur 27% der Deutschen und 32% der EU-Bürger.

4.3.2 Befürwortung des Beitritts der aktuellen Kandidaten

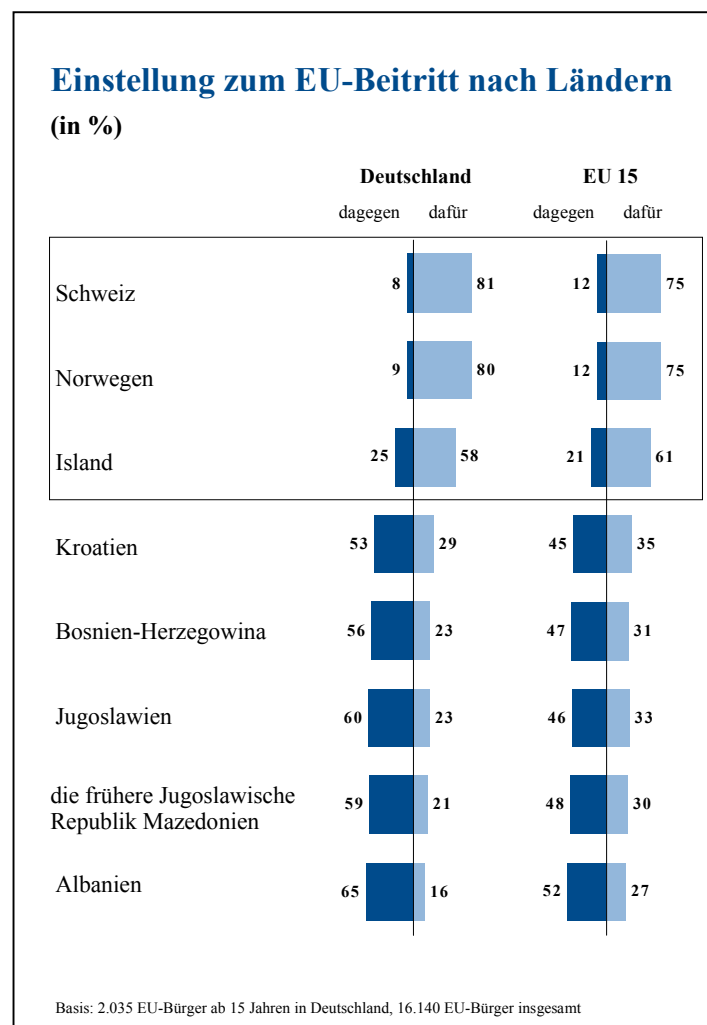
Die im Oktober 2002 gegenüber April des Jahres etwas positivere Einstellung zur EU-Erweiterung wird auch im Bezug auf die Befürwortung des Beitritts einzelner Länder deutlich. Während im April nur drei der 13 Beitrittskandidaten, nämlich Ungarn, Tschechien und Malta, die Unterstützung einer relative Mehrheit der Deutschen fanden, sind es im Oktober nun wieder fünf, wie auch bereits im Dezember 2001. Außer den bereits genannten wird nun zusätzlich die Aufnahme Estlands und Lettlands befürwortet. Dabei zeigen sich Unterschiede in der Präferenz zwischen West- und Ostdeutschland. So sind die Westdeutschen neben der Aufnahme Estlands und Lettlands auch mehrheitlich für die Aufnahme Litauens, während in Ostdeutschland keiner der baltischen Staaten eine Mehrheit findet. Dagegen beruht die gesamtdeutsche Mehrheit für die Aufnahme Tschechiens auf der hohen Akzeptanz in Ostdeutschland, während in Westdeutschland eine, wenn auch nur knappe, relative Mehrheit gegen die Aufnahme Tschechiens votiert. In Ostdeutschland wird zudem noch die Aufnahme Zyperns, der Slowakei und Bulgariens befürwortet, die jedoch auf Bundesebene keine mehrheitliche Unterstützung finden. Die Aufnahme Polens, die im April 2002 noch von einer Mehrheit der Ostdeutschen befürwortet wurde, wird im Oktober nun auch dort mehrheitlich abgelehnt.



Stärker noch als in Deutschland hat sich die Bereitschaft zur Aufnahme weiterer Staaten in der Europäischen Union insgesamt erhöht. Zusätzlich zur Aufnahme von Ungarn, Tschechien, Malta, Polen, Zypern und der Slowakei, die bereits im April 2002 befürwortet wurde, ist im Oktober jeweils eine relative Mehrheit für die Aufnahme der drei baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen.

4.3.3 Erweiterung um weitere Staaten

Wie bereits im April 2002 wäre auch im Oktober jeweils eine deutliche Mehrheit der deutschen ebenso wie der EU-Bürger für eine Aufnahme der Schweiz, Norwegens und Islands, während die Aufnahme der Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawien (Kroatien, Jugoslawien, Bosnien-Herzegowina, die frühere jugoslawische Republik Mazedonien) und Albaniens von der Bevölkerung Deutschlands bzw. der EU abgelehnt würde.

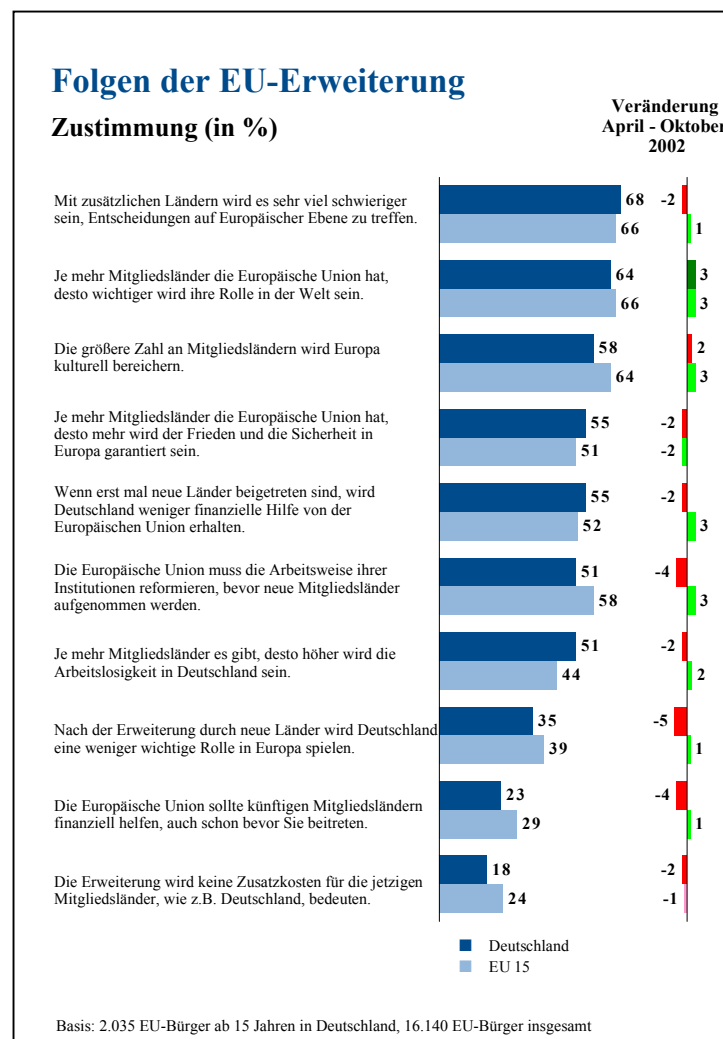


4.4 Mögliche Folgen der EU-Erweiterung

Die im April zu beobachtende Tendenz, dass mit dem Näherrücken der Erweiterung der Europäischen Union positive Erwartungen abnehmen und mögliche negative Auswirkungen in der Vordergrund rücken, setzt sich erfreulicherweise im Oktober 2002 nicht fort. Obwohl sich das Gesamtbild der mit einer Erweiterung verbundenen Erwartungen nicht wesentlich ändert, gibt es doch im Einzelnen positive Tendenzen.

Die Zustimmung zu der Aussage, dass mit einer größeren Anzahl an Mitgliedsländern die Bedeutung der Europäischen Union in der Welt zunimmt, steigt in Deutschland ebenso wie in der EU insgesamt um 3 Prozentpunkte (Deutschland: April 61%, Oktober 64%; EU 15: April 63%, Oktober 66%). Ebenfalls leicht ansteigend ist die Erwartung, dass Europa durch die Aufnahme weiterer Mitgliedsländer kulturell bereichert wird (Deutschland: April 56%, Oktober 58%; EU 15: April 61%, Oktober 64%).

Eine stärkere Garantie von Frieden und Sicherheit in Europa erwartet nach wie vor die Mehrheit der Deutschen und der EU-Bürger insgesamt, jedoch ist die Zustimmung zu diesem Aspekt leicht rückläufig (Deutschland: April 57%, Oktober 55%; EU 15: April 53%, Oktober 51%).



Als zu erwartende negative Auswirkung der EU-Erweiterung steht im Oktober 2002 wie bereits im April und auch im Herbst 2001 eine schwierigere Entscheidungsfindung auf europäischer Ebene im Vordergrund. Jeweils rund zwei Drittel der Deutschen bzw. der EU-Bürger stimmen dieser Aussage zu (Deutschland: April 70%, Oktober 68%; EU 15: April 65%, Oktober 66%). Somit besteht zumindest in Deutschland eine leicht abnehmende Tendenz bezüglich dieser, wie auch anderer, negativer Folgen der Erweiterung. Im Gegensatz zur EU insgesamt ist in Deutschland auch die Ansicht leicht rückläufig, die EU müsse zunächst institutionelle Reformen einleiten, bevor neue Mitgliedsländer aufgenommen werden (Deutschland: April 55%, Oktober 51%; EU 15: April 55%, Oktober 58%).

Auch Befürchtungen im Bezug auf das jeweilige Heimatland werden in Deutschland im Oktober 2002 von weniger Menschen geteilt als noch im April. So erwartet jeweils ein etwas geringerer Bevölkerungsanteil für Deutschland einen Rückgang finanzieller Hilfen (April 57%, Oktober 55%) und eine höhere Arbeitslosigkeit (April 53%, Oktober 51%). Der Anteil, der eine weniger wichtige Rolle in Europa befürchtet, geht um immerhin 6 Prozentpunkte zurück (April 41%, Oktober 35%). In der EU insgesamt nehmen diese Befürchtungen für das eigene Land dagegen zumeist leicht zu: Rückgang finanzieller Hilfen (April 49%, Oktober 52%), eine höhere Arbeitslosigkeit (April 41%, Oktober 44%), eine weniger wichtige Rolle in Europa (unverändert 39%).

Gegenläufig zur Tendenz in der EU insgesamt zeigt sich Deutschland auch bei der Bereitschaft, künftige Mitgliedsländer schon vor dem Beitritt finanziell zu unterstützen. In Deutschland nimmt sie von 27% im April 2002 auf 23% im Oktober ab, während sie in der EU insgesamt praktisch gleich bleibt (28% bzw. 29%).

Einheitlich ist die Entwicklungsrichtung dagegen bei der Erwartung zusätzlicher Kosten für die jetzigen Mitgliedsländer. Der Bevölkerungsanteil, der keine zusätzlichen Kosten erwartet, geht in Deutschland von 20% auf 18%, in der EU insgesamt von 26% auf 24% zurück.

Als hauptsächliche Nutznießer der EU-Erweiterung werden sowohl in Deutschland als auch in der EU insgesamt große Unternehmen betrachtet. Darüber hinaus wird vermutet, dass die Erweiterung eher für junge Menschen vorteilhaft ist. Auch für ethnische Minderheiten wird sich die Erweiterung nach Ansicht der Deutschen wie auch der EU-Bevölkerung eher positiv auswirken.

Negative Auswirkungen sieht man vor allem für Landwirte, Fischer und kleine Unternehmen. Auch für Arbeitnehmer im allgemeinen und im Besonderen für Arbeitslose erwartet man sowohl in Deutschland als auch EU-weit eher Nachteile.

4.5 Zusammenfassung

- Der Anteil der Deutschen, der für eine Erweiterung der Europäischen Union ist, steigt von 43% im April 2002 auf 46% im Oktober 2002.
- Deutschland gehört damit im EU-Vergleich jedoch nach wie vor zu den Ländern mit der geringsten Zustimmung. EU-weit sind 52% der Bürger für eine Erweiterung.
- In Deutschland wie in der EU insgesamt sind die Bürger mehrheitlich für die Aufnahme nur einiger der beitrittswilligen Länder. Der Anteil, der sich für eine Auswahl ausspricht, steigt in Deutschland von 47% im April 2002 auf 54% im Oktober, EU-weit von 40% auf 46%.
- Gleichzeitig steigt die Anzahl der Länder, deren Aufnahme in die EU befürwortet wird. Während im April 2002 nur die Aufnahme Ungarns, Tschechiens und Maltas von einer Mehrheit der Deutschen bejaht wurde, gilt dies im Oktober zusätzlich für Estland und Lettland. Die EU-Bürger insgesamt sind mehrheitlich für die Aufnahme von 9 Staaten: Ungarn, Tschechien, Malta, Polen, Zypern, Slowakei, Estland, Lettland und Litauen.
- Weitere Staaten, deren Aufnahme in Deutschland wie der EU insgesamt mehrheitlich unterstützt würde, sind die Schweiz, Norwegen und Island.
- Eine erschwerte Entscheidungsfindung auf europäischer Ebene ist unverändert die am häufigsten erwartete Folge der EU-Erweiterung. Im Zusammenhang damit ist jeweils mehr als die Hälfte der Deutschen und der EU-Bürger der Meinung, die EU müsse vor einer Erweiterung zunächst institutionelle Reformen durchführen.
- Die positiven Erwartungen einer wichtigeren Rolle der EU in der Welt und einer kulturellen Bereicherung Europas nehmen in Deutschland und EU-weit leicht zu. Dagegen verringert sich der Bevölkerungsanteil geringfügig, der eine verstärkte Garantie für Frieden und Sicherheit in Europa erwarten.
- Negative Befürchtungen für das eigene Land, wie eine höhere Arbeitslosigkeit, weniger finanzielle Hilfe und eine weniger wichtige Rolle in Europa gehen in Deutschland leicht zurück, während sie EU-weit zunehmen oder gleich bleiben.
- Nutzen wird die EU-Erweiterung nach Ansicht der Deutschen und der EU-Bürger vor allem großen Unternehmen, jungen Menschen und ethnischen Minderheiten. Vor allem für Landwirte, Fischer und kleine Unternehmen, aber auch für Arbeitnehmer im Allgemeinen werden eher Nachteile erwartet.

5 ZUKÜNFTIGE GESTALTUNG DER EUROPÄISCHEN UNION

5.1 Strukturelle Reformen

Nach dem Gipfel von Kopenhagen ist die Erweiterung der Europäischen Union von 15 auf 25 Mitglieder beschlossene Sache. Damit einher geht aber auch die Frage, wie die Entscheidungsfindung auf europäischer Ebene zukünftig geregelt werden soll.

Während eine Reform der Institutionen der Europäischen Union EU-weit im Oktober 2002 wie bereits im April unverändert von 52% der Bürger als vorrangig zu behandelnde Maßnahme eingestuft wird, geht dieser Anteil in Deutschland von 50% auf 46% zurück.

Für eine Verfassung der Europäischen Union sind im Oktober 2002 in Deutschland 63%, in der EU insgesamt 65% der Bürger. Dies bedeutet für die EU insgesamt einen Anstieg der Zustimmung seit April 2002 um 2 Prozentpunkte, während sie in Deutschland um ebenfalls 2 Prozentpunkte zurückgegangen ist. Hier ist die Befürwortung einer Verfassung in Ostdeutschland von 67% auf 61% zurückgegangen, während sie in Westdeutschland unverändert 64% beträgt.

Im Zusammenhang mit institutionellen Fragen steht auch das Verfahren zur Bestimmung des Präsidenten der Europäischen Kommission. Hier geht die Meinung der Bevölkerung im Oktober 2002 eindeutig in Richtung einer Direktwahl. Mit 37% der Deutschen und 40% der EU-Bürger spricht sich jeweils eine relative Mehrheit für dieses Verfahren aus, während nur noch 35% (D) bzw. 28% (EU 15) für eine Wahl durch das Europäische Parlament sind. Im April 2002 gab es in Deutschland dagegen noch eine Mehrheit von 38% für eine Wahl durch das Parlament gegenüber 33% für eine Direktwahl. EU-weit waren im April 35% für die Wahl durch das Parlament und 36% für eine Direktwahl.

Nach wie vor ist jedoch eine klare Mehrheit der Bürger in Deutschland (70%, -1) und der EU (69%, +3) für den Rücktritt des Kommissionspräsidenten und der EU-Kommissare, wenn diese nicht mehr das Vertrauen einer Mehrheit des Europäischen Parlaments besitzt.

5.2 Entscheidungen auf Europäischer Ebene

Im Zusammenhang mit der EU-Erweiterung wurde bereits das Problem der Entscheidungsfindung auf europäischer Ebene angesprochen. Die Mehrheit der Bevölkerung, in Deutschland wie EU-weit jeweils etwa zwei Drittel, erwartet bei einer Erhöhung der Mitgliederzahl eine Erschwerung der Entscheidungsfindung.

Im April 2002 sprach sich daher jeweils die relative Mehrheit der Deutschen und der EU-Bürger dafür aus, dass Entscheidungen von einer Mehrheit der Mitgliedsstaaten getroffen werden sollten. Gleichzeitig war jedoch rund die Hälfte der Bürger für die Beibehaltung des Veto-Rechts zum Schutz wesentlicher nationaler Interessen. Im Oktober 2002 steigt der Anteil der Befragten, die für eine Beibehaltung des Veto-Rechts sind, EU-weit von 50% auf 53%, in Deutschland ist er mit 52% praktisch unverändert.

5.3 Zusammenfassung

- Die Reform der Institutionen wird weiterhin von der Mehrheit der Bürger als wichtige Maßnahme eingestuft.
- Jeweils mehr als 60% der Bürger in Deutschland und der EU insgesamt sind für eine Verfassung der Europäischen Union.
- Während in Deutschland im April 2002 noch eine relative Mehrheit für eine Wahl des Präsidenten der EU-Kommission durch das Europäische Parlament war, wird im Oktober 2002 von einer knappen relativen Mehrheit die Direktwahl bevorzugt. In der EU insgesamt wächst der Bevölkerungsanteil, der sich für eine Direktwahl ausspricht, um 4 Prozentpunkte auf 40%.
- Weiterhin sind mehr als zwei Drittel der Deutschen und der EU-Bürger für den Rücktritt des Kommissionspräsidenten und der Kommissare, wenn diese nicht mehr das Vertrauen einer parlamentarischen Mehrheit besitzen.
- Wie bereits im April 2002 ist auch im Oktober gut die Hälfte der Deutschen wie auch der EU-Bürger für eine Beibehaltung des Veto-Rechts zur Wahrung wesentlicher nationaler Interessen bei Entscheidungen auf europäischer Ebene.

6 IMAGE DER EU UND DER DEUTSCHEN EU-MITGLIEDSCHAFT

6.1 Persönliches Bild und persönliche Bedeutung der EU

Im Oktober 2002 haben 45% der Deutschen ein positives oder sehr positives Bild der EU. Damit ist der Eindruck konstant mit positiver Tendenz (April 2002: 44%). Während sich in Westdeutschland der Bevölkerungsanteil mit positivem Eindruck seit April 2002 von 44% auf 47% erhöht hat, ist er in Ostdeutschland von 41% auf 39% zurückgegangen.

In der EU insgesamt zeigt sich eine ähnlich konstante Tendenz, gegenüber 49% im April 2002 haben im Oktober 50% einen positiven Eindruck.

Auch im Bezug auf persönliche Vorteile durch die EU-Mitgliedschaft ist in Deutschland ein leichter Anstieg von 28% auf 30% zu erkennen, EU-weit geht der Anteil von 29% leicht auf 27% zurück. Persönliche Nachteile sehen gleichermaßen 15% der Deutschen und der EU-Bürger.

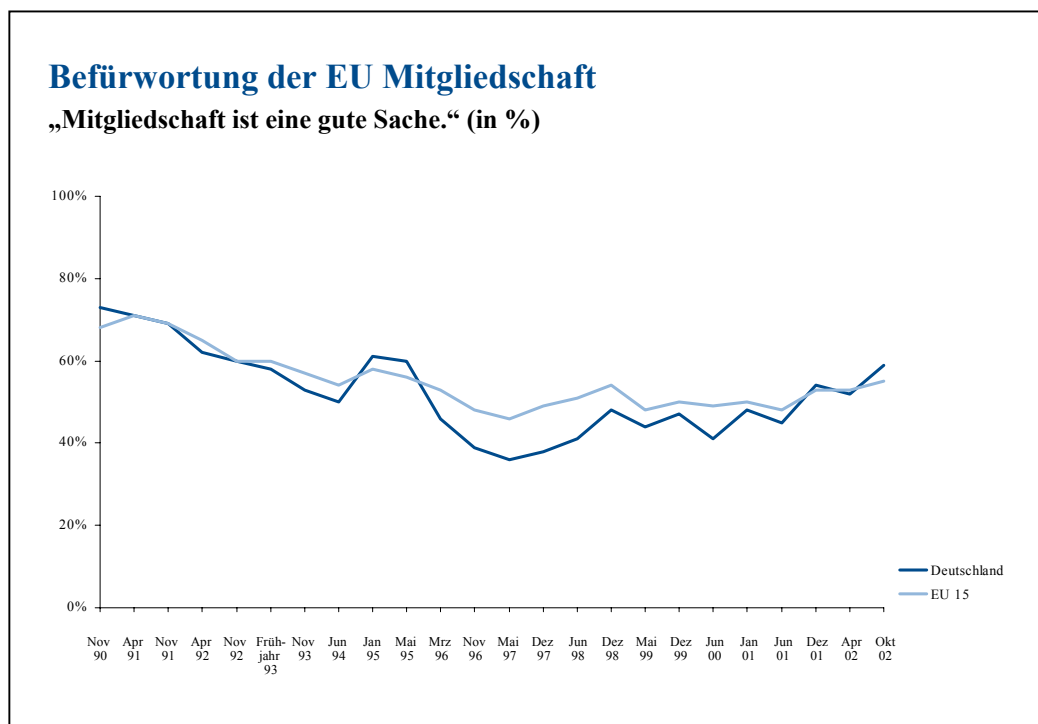
Ein Drittel (34%) der Deutschen nehmen an, dass die EU in fünf Jahren eine wichtigere Rolle in ihrem alltäglichen Leben spielen wird, 43% gehen von einer gleichbleibenden persönlichen Bedeutung aus. In der EU insgesamt vermuten dagegen 45% der Bürger eine höhere Bedeutung der EU in fünf Jahren. Die Bevölkerungsanteile, die sich eine wichtigere Rolle der EU in fünf Jahren wünschen, liegen etwas höher (D: 37%, EU 15: 47%).

Die Geschwindigkeit des Aufbaus der Europäischen Union wird in Deutschland dagegen als höher wahrgenommen als in der EU insgesamt. Auf einer Skala von 1 (Stillstand) bis 7 (höchstmögliche Geschwindigkeit) ergibt sich aus Sicht der Deutschen ein Mittelwert von 4,12, aus Sicht der EU Bürger von 3,96, das heißt die Deutschen nehmen die Integrationsgeschwindigkeit etwas höher wahr als die EU-Bürger. Dennoch: nach Meinung der Deutschen und der EU-Bürger könnte es durchaus noch etwas schneller gehen. Gewünscht wird allgemein eine höhere als die wahrgenommene Geschwindigkeit, der Mittelwert liegt in Deutschland bei 4,68, in der EU insgesamt bei 4,89.

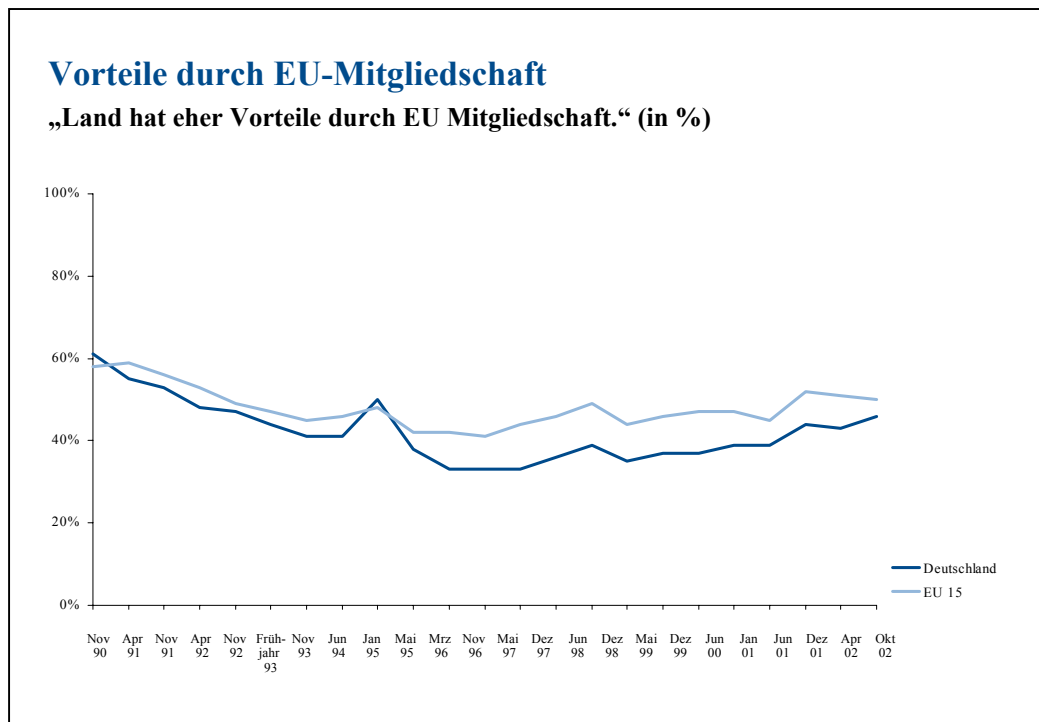
Sowohl die erwartete Bedeutung der EU in fünf Jahren als auch die wahrgenommene Geschwindigkeit ihrer Entwicklung liegen im Oktober 2002 damit unter den Werten von Dezember 2001, als diese Fragen zuletzt gestellt wurden. Die gewünschte Bedeutung und ebenso die gewünschte Entwicklungsgeschwindigkeit sind dagegen angestiegen.

6.2 Einschätzung der deutschen Mitgliedschaft

Der Anteil der Deutschen, der die deutsche EU Mitgliedschaft für eine gute Sache hält, ist deutlich von 52% im April 2002 auf 59% im Oktober 2002 gestiegen. Dabei war der Anstieg in Westdeutschland von 53% auf 61% besonders hoch, in Ostdeutschland stieg der Wert dagegen nur von 48% auf 50%. Nichtsdestoweniger übertrifft damit nun die Einschätzung der Deutschen diejenige der EU-Bürger insgesamt. EU-weit ist der Anteil, der die Mitgliedschaft des eigenen Landes für eine gute Sache hält, in diesem Zeitraum nur von 53% auf 55% gestiegen.



Auch Vorteile für Deutschland durch die EU-Mitgliedschaft werden im Oktober 2002 von mehr Deutschen gesehen als im April; der entsprechende Bevölkerungsanteil stieg in Gesamtdeutschland von 43 auf 46%, hier jedoch nur in Westdeutschland von 44% auf 48%, wohingegen er in Ostdeutschland mit 40% konstant ist. EU-weit sehen auf 50% der Bürger Vorteile für ihr Land, damit ist der Wert gegenüber 51% im April 2002 praktisch unverändert mit leichter Abwärtstendenz.



Im Hinblick auf die schweren Überschwemmungen, von denen im Sommer 2002 einige Mitgliedsstaaten der Europäischen Union betroffen waren, sind jedoch jeweils 58% der Deutschen und der EU Bürger insgesamt der Meinung, dass für diese Länder die EU-Mitgliedschaft ein Vorteil ist, wenn es darum geht, Hilfe bei der Beseitigung der Schäden zu bekommen.

Sowohl das allgemeine Bild der Europäischen Union als auch die Einschätzung der deutschen Mitgliedschaft ist in den jüngeren Altersgruppen, bei Personen mit umfassenderer Ausbildung und solchen, die sich noch in der Ausbildung befinden sowie bei Selbstständigen und Leitenden Angestellten tendenziell positiver.

6.3 Einschätzung der EU-Institutionen

Sowohl in Deutschland als auch in der Europäischen Union insgesamt wird im Oktober 2002 allen Institutionen der EU von einem größeren Anteil der Bürger eine wichtige Rolle attestiert als im April 2002. Die zugemessene Bedeutung nahm in Deutschland durchschnittlich um 3,6 Prozentpunkte zu, EU-weit sogar um 4,7 Prozentpunkte. Damit liegen die meisten Institutionen nun wieder auf oder über dem Niveau von Dezember 2001, nachdem die wahrgenommene Bedeutung im April 2002 etwas rückläufig war.

Einschätzung der Bedeutung von EU-Institutionen („wichtige Rolle“; Mehrfachnennungen in %)				
	Deutschland (Total)		EU 15	
	Apr 02	Okt 02	Apr 02	Okt 02
Die Europäische Zentralbank	75	77	67	71
Das Europäische Parlament	72	77	75	81
Der Europäische Gerichtshof	70	76	64	69
Die Europäische Kommission	62	66	68	74
Der Europäische Rechnungshof	58	63	50	55
Der Ministerrat der Europäischen Union	51	56	59	64
Der Wirtschafts- und Sozialausschuss	35	39	39	43
Der Ausschuss der Regionen	26	29	33	37
Der Konvent zur Reform der Europäischen Union	20	23	35	39
Der Europäische Ombudsmann	20	22	36	40

Aus Sicht der Deutschen sind nach wie vor die Europäische Zentralbank, das Europäische Parlament und der Europäische Gerichtshof die drei wichtigsten Institutionen. Diese liegen im Oktober 2002 nun nahezu auf dem gleichen Niveau. An vierter Stelle, mit einem Abstand von rund 10 Prozentpunkten, liegt die Europäische Kommission. Aus Sicht der EU-Bürger insgesamt ist die Rangfolge der Bedeutung etwas anders: Parlament, Kommission, EZB und EuGH.

Auch das Vertrauen der Deutschen und der EU-Bürger in die Institutionen ist im Oktober 2002 durchweg höher als im April. Somit setzt sich der seit 1999 zu beobachtende Trend des steigenden Vertrauens in die Institutionen der Europäischen Union fort (durchschnittliche Steigerung D: 3,7 Pp., EU 15: 4,5 Pp.). Der leichte Rückgang, der im April 2002 festzustellen war, bedeutet also keine Trendwende.

Strukturell unterscheidet sich das Ergebnis nicht von dem der Vorerhebung.

Vertrauen in EU-Institutionen („eher vertrauen“; Mehrfachnennungen in %)				
	Deutschland (Total)		EU 15	
	Apr 02	Okt 02	Apr 02	Okt 02
dem Europäischen Gerichtshof	60	66	49	54
der Europäischen Zentralbank	56	59	47	49
dem Europäischen Parlament	55	58	54	59
dem Europäischen Rechnungshof	46	50	36	41
der Europäischen Kommission	42	47	47	53
dem Ministerrat der Europäischen Union	36	41	41	45
dem Wirtschafts- und Sozialausschuss	26	29	27	32
dem Ausschuss der Regionen	23	26	25	30
dem Europäischen Ombudsmann	20	22	29	33
dem Konvent zur Reform der Europäischen Union	17	20	25	29

Nach wie vor genießt in Deutschland der Europäische Gerichtshof unter den EU-Institutionen das höchste Vertrauen, EU-weit ist es das Europäische Parlament. Dieses steht in Deutschland an dritter Stelle, wobei der Anteil der Bürger, die angeben dem Parlament zu vertrauen etwa dem der EU-Bürger insgesamt entspricht.

Deutlich höher als im EU-Durchschnitt ist das Vertrauen der Deutschen in die EZB und in den Europäischen Rechnungshof.

Während EU-weit nur ein unwesentlich kleinerer Bevölkerungsanteil Vertrauen in die Europäische Kommission setzt als in den Europäischen Gerichtshof, die Kommission damit den dritten Rang unter den Institutionen einnimmt, so liegt die Kommission in Deutschland nur an fünfter Stelle mit einem Abstand von fast 20 Prozentpunkten zum Europäischen Gerichtshof.

Der Bevölkerungsanteil, der mit der Funktionsweise der Demokratie in der Europäischen Union sehr oder ziemlich zufrieden ist, entspricht in Deutschland mit 48% in etwa dem EU-Durchschnitt von 47%. In Westdeutschland liegt er mit 52% über dem EU-Wert, während in Ostdeutschland nur 35% zufrieden sind mit der Demokratie in der EU, das ist EU-weit der niedrigste Anteil überhaupt.

Am höchsten ist die Zufriedenheit mit der Demokratie auf Europäischer Ebene in Belgien und Luxemburg mit jeweils 65%.

Die Zufriedenheit mit der Demokratie im eigenen Land ist in dem meisten EU Ländern höher als die Zufriedenheit mit der Demokratie auf Europäischer Ebene. Der EU-Durchschnitt liegt mit 59% 12 Prozentpunkte höher. Lediglich in Italien und Portugal äußern sich mehr Menschen zufrieden mit der Demokratie in Europa als mit der im eigenen Land.

In Deutschland sind knapp zwei Drittel der Bürger (66%) sehr oder ziemlich zufrieden mit der Funktionsweise der Demokratie. Auch im Bezug auf den eigenen Staat ist die Zufriedenheit in Westdeutschland mit 71% wesentlich höher als in Ostdeutschland, wo mit 44% nach Italien (34%) und Portugal (35%) der im EU-Vergleich geringste Bevölkerungsanteil mit der Demokratie im eigenen Land zufrieden ist.

Die höchste Zufriedenheit mit der eigenen Demokratie herrscht in Dänemark, Luxemburg und Schweden.

6.4 Europäische vs. nationale Identität

In der Frage, mit welchem Gemeinwesen man sich wie stark verbunden fühlt, gibt es keinen nennenswerten Unterschied zwischen Deutschland und der EU insgesamt. Während sich nahezu 90% der Deutschen wie auch der EU-Bürger ihrem Wohnort, der Region und ihrem Heimatland sehr oder ziemlich verbunden fühlen, sind es jeweils etwas weniger als die Hälfte, die sich in gleicher Weise der Europäischen Union verbunden fühlen (D: 46%, EU 15: 45%).

Während sich rund 90% der Bürger mit dem Wohnort, der Region und dem eigenen Land verbunden fühlen, gibt es hinsichtlich der Verbundenheit mit der EU große länderspezifische Differenzen. Am größten ist die Verbundenheit mit der EU in Luxemburg (75%) und Italien (62%), am geringsten in Finnland (24%) und UK (27%).

In Deutschland hat der Anteil derjenigen, die sich gleichzeitig als Deutsche und Europäer sehen von April bis Oktober 2002 um 4 Prozentpunkte auf 47% zugenommen. Leicht rückläufig ist jeweils der Anteil, der sich nur als Deutscher bzw. nur als Europäer sieht. Der Anteil, der sich selbst (in erster Linie) als Europäer und als Deutscher definiert, ist in etwa konstant.

EU-weit erhöht sich der Bevölkerungsanteil, der in erster Linie die eigene Nationalität, aber auch ein Bewusstsein als Europäer angibt, minimal um einen Prozentpunkt, während die abschließliche Definition als Europäer um einen Punkt zurückgeht.

6.5 Zusammenfassung

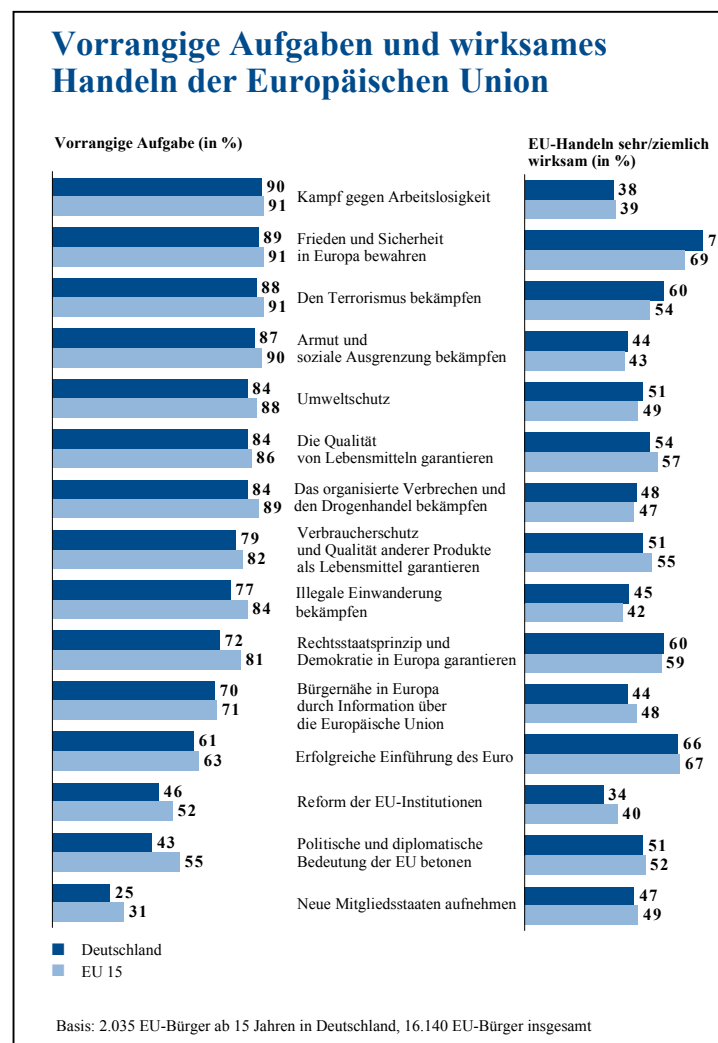
- Der persönliche Eindruck, den die Deutschen von der Europäischen Union haben, ist unverändert positiv.
- Die Geschwindigkeit der europäischen Integration wird in Deutschland höher eingeschätzt als in der EU insgesamt. Gleichwohl wünschen sich die Deutschen wie auch die EU-Bürger eine Beschleunigung.
- Die Beurteilung der deutschen EU-Mitgliedschaft hat sich weiterhin sehr positiv entwickelt. Der Bevölkerungsanteil, der die Mitgliedschaft des eigenen Landes für eine gute Sache hält, ist in Deutschland größer als im EU-Durchschnitt.
- Die relative Mehrheit, die in der Mitgliedschaft Vorteile für Deutschland sieht, hat sich zwischen April und Oktober 2002 etwas vergrößert.
- Die Bedeutung der EU-Institutionen aus Sicht der Bürger ebenso wie das in sie gesetzte Vertrauen ist im Oktober 2002 durchweg höher als im April. Die Deutschen messen dabei der Europäischen Zentralbank und dem Parlament die größte Bedeutung zu, danach dem Europäischen Gerichtshof und der EU-Kommission, die EU-Bürger dem Parlament, der EU-Kommission, der Zentralbank und dem Gerichtshof. Das höchste Vertrauen der Deutschen genießen der Europäische Gerichtshof, die Zentralbank, das Parlament und der Rechnungshof, EU-weit sind es das Parlament, der Gerichtshof, die Kommission und die Zentralbank.
- Die relative Mehrheit der Deutschen und der EU-Bürger ist mit dem Funktionieren der Demokratie in der Europäischen Union zufrieden. Die Zufriedenheit mit der Demokratie in der EU ist in der Regel geringer als mit der Demokratie im eigenen Land.
- Der Bevölkerungsanteil in Deutschland und der EU insgesamt, der sich mit dem Wohnort, der Region und dem eigenen Land verbunden fühlt, beträgt rund 90%. Der Anteil, der sich mit der Europäischen Union verbunden fühlt, ist sowohl in Deutschland als auch EU-weit nur etwa halb so groß. Die relative Mehrheit der Deutschen und der EU-Bürger empfindet sich selbst zunehmend als Bürger des eigenen Staates und als Europäer.

7 AUFGABEN DER EUROPÄISCHEN UNION UND UNTERSTÜTZUNG DER EU-POLITIK

7.1 Durch die EU vorrangig zu lösende Aufgaben und die Wirksamkeit ihres Handelns

Die Gewichtung der Aufgaben bzw. deren Einstufung als vorrangig hat sich im Oktober 2002 im Vergleich zu April wenig geändert.

In Deutschland sehen unverändert 90% der Bürger den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit als vorrangige Aufgabe an, der Anteil in der EU insgesamt ist ungefähr ebenso groß (91%). Jedoch trauen lediglich 38% der Deutschen und 39% der EU-Bürger der Europäischen Union auf diesem Gebiet sehr oder zumindest ziemlich wirksames Handeln zu.



Weitere vorrangige Aufgaben sehen jeweils mehr als 80% der Deutschen und der EU-Bürger Bürger in der Bewahrung von Frieden und Sicherheit, der Bekämpfung des Terrorismus, der

organisierten Kriminalität und des Drogenhandels sowie der Bekämpfung von Armut und Ausgrenzung. Die Bewahrung von Frieden und Sicherheit ist dabei die Aufgabe, deren wirksame Erfüllung der EU von den meisten Deutschen (77%) und EU-Bürgern (69%) zugetraut wird. Bei der Bekämpfung des Terrorismus vermuten 60% der Deutschen und 54% der EU-Bürger wirksames Handeln der Union, bei der Bekämpfung der organisierten Kriminalität und des Drogenhandels 48% (D) bzw. 47% (EU 15).

Der Bevölkerungsanteil, der das Thema Umweltschutz als vorrangige Aufgabe der Europäischen Union betrachtet, hat sich in Deutschland im Oktober 2002 gegenüber April 2002 um 5 Prozentpunkte auf 84% erhöht, EU-weit beträgt er 88% (+2 Pp.).

Der Verbraucherschutz, insbesondere im Bezug auf die Sicherung der Qualität von Lebensmitteln (D: 84%, +3, EU 15: 86%), aber auch der allgemeinen Produktqualität (D: 79%, +2, EU15: 82%, -1) wird ebenfalls als EU-Aufgabe mit hoher Priorität angesehen.

Bei den Themen Umwelt- und Verbraucherschutz sehen immerhin jeweils um die 50% der Deutschen wie auch der EU-Bürger wirksames Handeln der Europäischen Union.

Neu in die Liste aufgenommen wurde bei dieser Befragung das Vorgehen gegen illegale Einwanderung. 77% der Deutschen und sogar 84% der EU-Bürger insgesamt sehen hierin eine wichtige Gemeinschaftsaufgabe.

Während die Aufgabe, durch Information über Politik und Institutionen der EU mehr Bürgernähe zu schaffen, in Deutschland (70%, +3) und EU-weit (71%, +3) im Oktober 2002 von mehr Menschen als vorrangig angesehen wird, sind es bei der Einführung des Euro (D: 61%, -3, EU 15: 63%, -2) und der Reform der Institutionen (D: 46%, -4, EU15: 52, -1) jeweils etwas weniger, die diese Aufgaben als vorrangig betrachten.

Entgegengesetzt ist die Entwicklung in Deutschland und der EU im Bezug die Betonung der politischen und diplomatischen Bedeutung in der Welt. Während diesem Ziel von 55% (+2 Pp.) der EU-Bürger eine etwas höhere Priorität beigemessen wird, sind es in Deutschland nur 43% (-3 Pp.).

Leicht zunehmend, aber immer noch mit der geringsten Priorität aus Sicht der Bürger, ist die Dringlichkeit der Aufnahme neuer Mitgliedsländer (D: 25%, +2, EU15: 31%, +4).

7.2 Regierungs- und Unionsaufgaben

Das Subsidiaritätsprinzip wird im Oktober 2002 wie auch im April weiterhin deutlich unterstützt. Fast zwei Drittel der Deutschen (65%, +2) wie auch der EU-Bürger (64%, +2) sieht bei der Europäischen Union die Zuständigkeit für Fragen und Probleme, die durch nationale, regionale oder kommunale Regierungen nicht effektiv gelöst werden können.

Im Zuge der Entwicklung der Europäischen Union wurde in verschiedenen Politikbereichen stufenweise die Zusammenarbeit der Mitgliedsländer und die Harmonisierung der nationalen Vorschriften vertraglich geregelt. So bildete der Vertrag von Maastricht unter anderem den Grundstein für eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und die Freizügigkeit in Europa, während der Vertrag von Amsterdam unter anderem eine weitergehende Zusammenarbeit in den Bereichen Inneres und Justiz vorsieht. Wie im April 2002 wurde auch im Oktober 2002 für die einzelnen Politikbereiche der Verträge von Maastricht und Amsterdam getrennt erfragt, ob die Entscheidungen auf den einzelnen Gebieten nach Auffassung der Bürger durch die Europäische Union oder die jeweilige nationale Regierung getroffen werden sollten.

Obwohl die Unterstützung des Subsidiaritätsprinzips leicht zugenommen hat, zeigt sich dennoch, und zwar in Deutschland häufiger als in der EU insgesamt, wiederum eine leicht rückläufige Tendenz bei der Zuweisung der Entscheidungskompetenz für die einzelnen Bereiche an die Europäische Union.

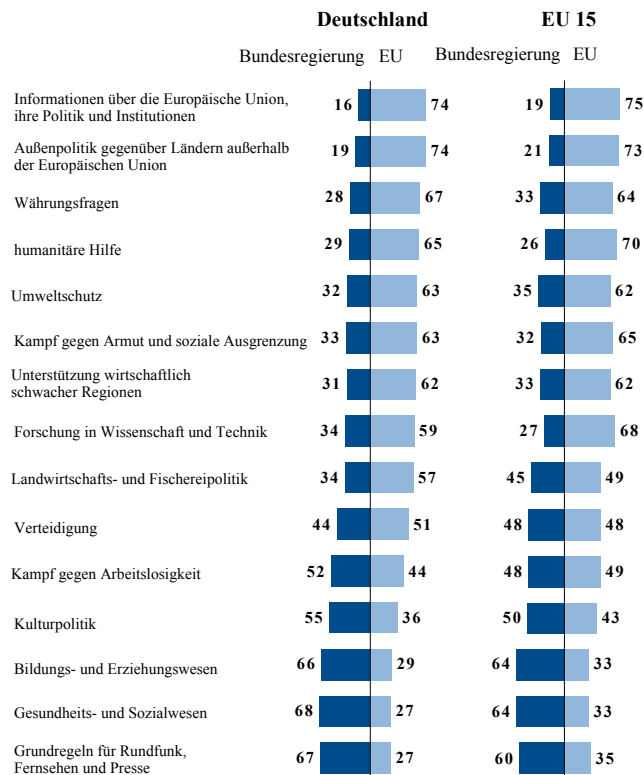
In etwa unverändert werden von jeweils knapp drei Viertel der Deutschen und der EU-Bürger die Bereitstellung von Informationen über die EU, ihre Politik und ihre Institutionen sowie die Außenpolitik gegenüber Nicht-EU-Staaten als Gebiete bezeichnet, auf denen die Entscheidungen gemeinsam innerhalb der EU getroffen werden sollten.

Etwa zwei Drittel der Bürger (D: 67%, EU 64%) sind der Auffassung, dass Entscheidungen in Währungsfragen auf europäischer Ebene zu treffen sind. Im Vergleich zu April 2002 ist dieser Anteil sowohl in Deutschland als auch EU-weit um jeweils 3 Prozentpunkte zurückgegangen.

Ebenfalls mehrheitlich für gemeinsame Entscheidungen auf europäischer Ebene sind die Deutschen und die EU-Bürger auf den Gebieten der humanitären Hilfe, des Umweltschutzes, bei der Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung, der Unterstützung wirtschaftlich schwacher Regionen, der Landwirtschafts- und Fischereipolitik und der wissenschaftlichen und technischen Forschung.

Entscheidungen auf europäischer oder nationaler Ebene

Politikbereiche des Vertrags von Maastricht „Sollte entschieden werden durch ...“ (in %)



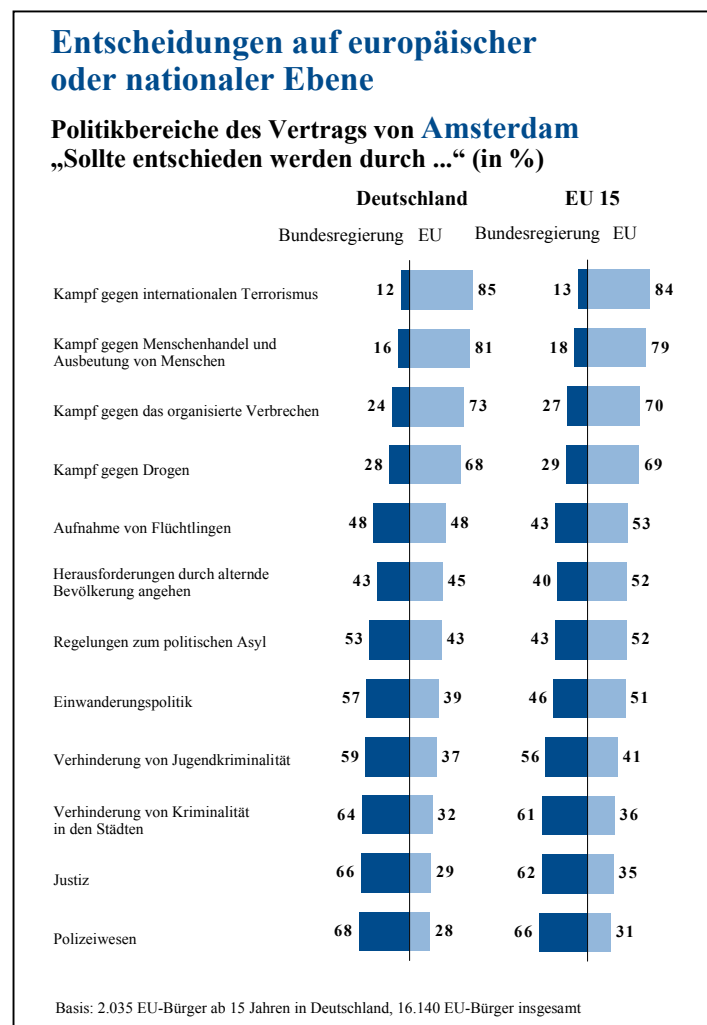
Basis: 2.035 EU-Bürger ab 15 Jahren in Deutschland, 16.140 EU-Bürger insgesamt

„Auf der Kippe“ steht das Thema Verteidigung: war noch im April 2002 in Deutschland (54%) und EU-weit (51%) die Mehrheit für gemeinsame Entscheidungen, so ist im Oktober die Mehrheit in Deutschland auf 51% geschrumpft, gegenüber 44%, die für alleinige Entscheidungen der deutschen Bundesregierung in Verteidigungsfragen votieren. In der EU insgesamt ist das Verhältnis im Oktober unentschieden; jeweils 48% der EU-Bürger sind für gemeinsame Entscheidungen der EU bzw. alleinige Entscheidungen der jeweiligen nationalen Regierung.

Was den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit betrifft, so ist in Deutschland im Oktober 2002 mit 52% die Mehrheit für alleinige Entscheidungen der Bundesregierung, während im April noch eine knappe relative Mehrheit von 49% für Entscheidungen auf europäischer Ebene war. EU-weit ist mit 49% noch eine relative Mehrheit für gemeinsame Entscheidungen auf diesem Gebiet.

In nationaler Zuständigkeit sehen die Deutschen wie auch die EU-Bürger weiterhin die Themen Kulturpolitik und Medien, Bildung und Erziehung sowie das Gesundheits- und Sozialwesen. Auf diesen Gebieten ist die Befürwortung gemeinsamer Entscheidungen innerhalb der EU in Deutschland geringer bzw. stärker rückläufig als in der EU insgesamt.

Unter den die innere Sicherheit und die Justiz betreffenden Bereichen gibt es in Deutschland wie EU-weit deutliche Mehrheiten für gemeinsames Handeln im Kampf gegen Terrorismus, Menschenhandel und Ausbeutung, organisiertes Verbrechen und Drogenkriminalität.



Der Herausforderung durch eine alternde Bevölkerung möchte in Deutschland nur eine knappe relative Mehrheit von 45% durch gemeinsame EU-Entscheidungen begegnen, während 43% hier vor allem die deutsche Bundesregierung in der Verantwortung sehen. EU-weit befürworten demgegenüber 52% der Bürger gemeinsame Entscheidungen.

Gegensätzlich ist die Einstellung bezüglich Einwanderung, politischem Asyl und Aufnahme von Flüchtlingen: während jeweils knapp über 50% der EU-Bürger insgesamt für gemeinsame Entscheidungen in diesen Fragen sind, ziehen die Deutschen zu jeweils mehr als 50% bei den Themen Einwanderung und politisches Asyl die Regelung auf nationaler Ebene vor. Im Bezug auf die Aufnahme von Flüchtlingen sind in Deutschland jeweils rund 48% der Bürger für nationale bzw. gemeinsame Entscheidungen.

7.3 Die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik

Wenn auch, wie im vorigen Abschnitt beschrieben, die Bürger in Deutschland und der EU in Verteidigungsfragen zu Entscheidungen auf nationaler Ebene tendieren, so sind sie auch im Oktober 2002 dennoch mit unverändert deutlicher Mehrheit grundsätzlich für eine gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Europäischen Union (D: 79 %, EU 15: 73%, +2).

Auf die Frage, ob Entscheidungen über die Europäische Verteidigungspolitik von den nationalen Regierungen, der NATO oder der Europäischen Union getroffen werden sollten, entscheiden sich 41% der Deutschen und 44% der EU-Bürger für die Europäische Union, 27% bzw. 21% für die NATO und in Deutschland nur 18%, EU-weit ebenfalls 21% für die nationalen Regierungen.

Wie bei der im vorigen Abschnitt erörterten Frage, ob eher die nationalen Regierungen oder die EU-Staaten gemeinsam außenpolitische Entscheidungen treffen sollten, entscheidet sich auch bei der grundsätzlichen Frage, ob man für eine gemeinsame Außenpolitik der Europäischen Union gegenüber Nicht-EU-Staaten ist, jeweils eine klare Mehrheit von 74% der Deutschen und 67% der EU-Bürger für eine gemeinsame Politik der Europäischen Union.

7.4 Zusammenfassung

- Neun von Zehn Bürgern in Deutschland wie in der Europäischen Union sehen in der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit eine vorrangige Aufgabe der EU, gleichzeitig hält aber nur jeder Vierte ihr diesbezügliches Handeln für wirksam.
- Weitaus größer ist der Anteil, nach dessen Meinung die EU wirksam handelt oder handeln würde, wenn es um die äußere und innere Sicherheit geht. Die Bewahrung von Frieden und Sicherheit in Europa sowie die Bekämpfung des Terrorismus und der organisierten Kriminalität sind aus Sicht der Bürger ebenfalls vorrangige Aufgaben, bei denen der EU wirksames Handeln bescheinigt bzw. zugetraut wird. Gleiches gilt auf den Gebieten des Umwelt- und Verbraucherschutzes.
- Dementsprechend sind die Deutschen wie auch die EU-Bürger der Meinung, dass Entscheidungen auf diesen Gebieten gemeinsam innerhalb der Europäischen Union getroffen werden sollten, anstatt durch die Nationalregierungen.
- Jeweils eine große Mehrheit der Bürger in Deutschland ist für eine gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik sowie eine gemeinsame Außenpolitik gegenüber Drittländern.
- Entscheidungen auf dem Gebiet der Europäischen Verteidigungspolitik sollten nach Meinung der eher durch die Europäische Union als durch die NATO getroffen werden.

8 DIE EUROPÄISCHE WÄHRUNGSUNION

8.1 Einstellung zur Währungsunion nach der Einführung des Euro

Sowohl die grundsätzliche Unterstützung der Einführung des Euro als einheitlicher europäischer Währung als auch die Einstufung als vorrangig zu behandelnde Maßnahme ist im Oktober 2002 gegenüber April 2002 leicht rückläufig. Die grundsätzliche Zustimmung geht in Deutschland in diesem Zeitraum von 67% auf 62%, in der Eurozone von 75% auf 71% und EU-weit von 67% auf 63% zurück.

Als vorrangig zu behandelnde Maßnahme wird die Euro-Einführung von 61% der Deutschen (- 4 Pp.) und 63% der EU-Bürger (- 2 Pp.) eingestuft.

Auch der Anteil derjenigen, die den Ersatz der jeweiligen Landeswährung durch den Euro am 1. Januar 2002 als eine sehr gute oder ziemlich gute Sache betrachten, ist in Deutschland von April bis Oktober 2002 von 43% auf 34%, in der gesamten Eurozone von 53% auf 45% zurückgegangen. Dennoch ist es auch in Deutschland noch die relative Mehrheit, die dem Euro positiv gegenübersteht.

Auch das Wohlfühl beim Umgang mit dem Euro lässt nach. War es in Deutschland im April 2002 noch eine Mehrheit von 55%, die sich beim Umgang mit dem Euro sehr oder ziemlich wohl fühlte, so ist es im Oktober mit nur noch 45% EU-weit der kleinste Anteil, während sich nun 52% nicht sehr oder überhaupt nicht wohl fühlen. EU weit fühlen sich im Oktober 58% wohl, im April waren es noch 63%.

Die Verbundenheit mit dem Euro hat sich sowohl in Deutschland als auch in der Eurozone im Oktober 2002 im Vergleich zu April nicht wesentlich verändert. In Deutschland geben 25% (- 2 Pp.) der Bürger an, bereits sehr oder ziemlich am Euro zu hängen. Dieses ist der niedrigste Wert unter den 12 Euroländern, in der Eurozone insgesamt beträgt dieser Anteil 41% (+ 1 Pp.).

Dagegen wächst in Deutschland der Anteil derjenigen, die sehr oder ziemlich an der D-Mark hängen, zwischen April und Oktober 2002 um 9 Prozentpunkte auf 57%. In der Eurozone insgesamt sind es 61% (+ 2 Pp.) der Bürger, die noch sehr oder ziemlich an ihrer früheren Landeswährung hängen.

8.2 Preisniveau nach Einführung des Euro: Euro=Teuro

Die Wahrnehmung, dass im Zuge der Euro-Umstellung die Preise in allen Bereichen oder zumindest in einigen Bereichen generell aufgerundet wurden, ist im Oktober 2002 noch etwas weiter verbreitet als im April. So beträgt der Bevölkerungsanteil, der generelle Preiserhöhungen in allen Bereichen vermutet, in der Eurozone nun 77% (+ 8 Pp.), in Deutschland 72% (- 3 Pp.). Dafür ist der Anteil, der generelle Preiserhöhungen nur in einigen Bereichen wahrnimmt, in Deutschland um 8 Pp. auf 20% gestiegen, in der Eurozone beträgt er unverändert 15%. Somit sind in Deutschland wie auch in der gesamten Eurozone jeweils über 90% der Bürger der Auffassung, dass die Währungsumstellung Preiserhöhungen mit sich gebracht hat.

8.3 Zusammenfassung

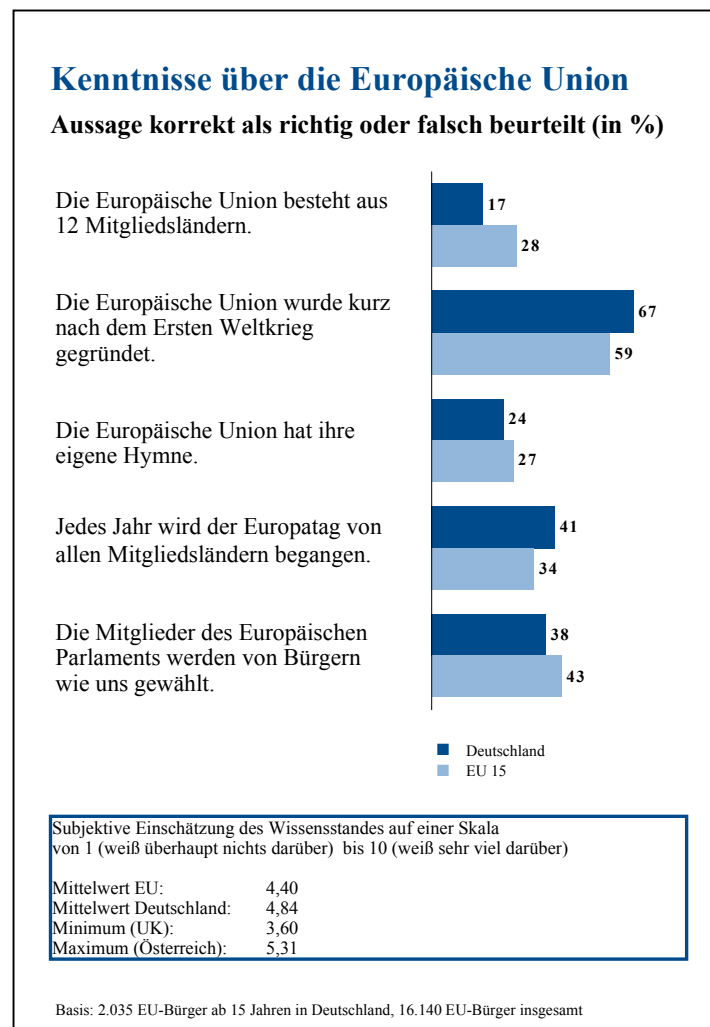
- Die Mehrheit der Deutschen wie auch der EU-Bürger ist nach wie vor für die Europäische Währungsunion, allerdings ist die Zustimmung jeweils leicht rückläufig.
- Deutlich kleiner geworden ist der Bevölkerungsanteil in Deutschland und in der EU insgesamt, der die Einführung des Euro im Nachhinein für eine gute oder gar sehr gute Sache hält.
- 9 von 10 Deutschen und EU-Bürgern meinen, dass es im Zuge der Währungsumstellung zu Preiserhöhungen gekommen sei, etwa drei von vier Befragten haben sogar generelle Preiserhöhungen in allen Bereichen wahrgenommen.

9 KENNTNIS DER EUROPÄISCHEN UNION

9.1 Subjektiv empfundener Wissensstand und tatsächliche Kenntnisse

Ihrer eigenen Einschätzung nach gehören die Deutschen zu den am Besten über die Europäische Union, ihre Politik und ihre Institutionen informierten EU-Bürgern. Auf einer Skala von 1 bis 10 stuften sie ihren Wissensstand im Mittel mit 4,84 ein, der Mittelwert für die EU insgesamt liegt bei 4,4. Nur in Österreich, Dänemark, Luxemburg und Finnland stuften die Bürger ihren Kenntnisstand höher ein als in Deutschland.

Objektiv betrachtet ist diese Selbsteinschätzung jedoch nicht zutreffend. Anhand von 5 Fragen wurde Wissen über die EU abgefragt. Dabei sollte jeweils angegeben werden, ob eine Aussage über die EU richtig oder falsch ist.



Die Deutschen schneiden, gemessen an dem Bevölkerungsanteil, der die jeweilige Frage richtig beantwortet, nur bei zwei dieser Fragen besser ab als der EU-Durchschnitt, damit gehört Deutschland zu den 5 Ländern mit dem niedrigsten Wissensstand. Nur in UK und den

Niederlanden ist das Wissen geringer, in Irland und Italien auf dem gleichen Stand. Spitzenreiter sind Luxemburg und Portugal, dort ist der Anteil, der die jeweilige Frage richtig beantwortet, bei allen fünf Fragen größer als im EU-Durchschnitt. Dänemark, Schweden, Österreich, Spanien und Griechenland schneiden bei vier Fragen, Belgien, Frankreich und Finnland bei drei Fragen jeweils besser ab, als der EU-Durchschnitt.

Zwei Drittel (67%) der Deutschen wissen, dass die Aussage „Die Europäische Gemeinschaft wurde kurz nach dem Ersten Weltkrieg gegründet.“, falsch ist. EU-weit sind es 59% der Bürger. Damit ist diese Frage die einzige, die in Deutschland wie auch im EU-Durchschnitt von einer Bevölkerungsmehrheit richtig beantwortet wird. 41% der Deutschen, aber nur 34% der EU-Bürger insgesamt wissen, dass in den Mitgliedsländern jährlich der Europatag begangen wird.

Besonders alarmierend ist, dass nur 38% der Deutschen und 43% der EU-Bürger wissen, dass die Mitglieder des Europäischen Parlaments von den Bürgern gewählt werden. Hier scheint es angezeigt, die Bürger über ihre demokratischen Rechte und die Bedeutung dieser Institution zu informieren.

24% der Deutschen und 27% der EU-Bürger wissen, dass die Europäische Union eine eigene Hymne hat. Nur 17% der Deutschen und immerhin 28% aller EU-Bürger wissen, dass die Europäische Union nicht mehr aus 12 Mitgliedsstaaten besteht.

Die Europäische Flagge ist 90% der Deutschen und damit in Deutschland einem gleich großen Bevölkerungsanteil bekannt, wie in der EU insgesamt (89%). Von denjenigen, die angeben, die Flagge zu kennen (D: n=1833, EU 15: n=14.310), kennen in Deutschland 94% und in der EU insgesamt 92% ihre Bedeutung als Symbol für Europa (Nennungen „die Europäische Union“, „die Gemeinschaft“, „der gemeinsame Markt“, „der Europäische Rat“).

In Deutschland und auch in der EU insgesamt sehen vier von fünf Befragten (D: 82%, EU 15: 80%) in der Flagge ein gutes Symbol für Europa, jeweils zwei Drittel sind der Meinung, dass diese Flagge „für etwas Gutes steht“.

Mit der Flagge identifizieren können sich jedoch nur etwas weniger als die Hälfte der Bürger (D: 45%, EU 15: 44%), etwas mehr stimmen jedoch zu, dass die Europaflagge zusammen mit der Nationalflagge an allen öffentlichen Gebäuden hängen sollte (D: 47%, EU 15: 51%).

9.2 Informationsverhalten

In der Nutzung der Medien zur Information über die Europäische Union wie auch bei den Wünschen, durch welche Medien man diese Informationen am liebsten erhalten würde, gibt es von April bis Oktober 2002 nur geringe Veränderungen. Die Abfolge nach Nutzeranteilen entspricht weitgehend den in Abschnitt drei genannten Informationsquellen zum Thema Erweiterung der Europäischen Union. Da die Frage nach Informationsquellen zur Europäischen Union etwas allgemeiner formuliert ist als diejenige nach den Informationsquellen zur Erweiterung, sind die Nutzeranteile der einzelnen Medien generell etwas höher als speziell zum Thema der EU-Erweiterung.

Unverändert an erster und zweiter Stelle mit jeweils leicht steigender Tendenz wird Information durch das Fernsehen und durch die Tagespresse genutzt und auch gewünscht. Etwas rückläufig in Deutschland wie auch in der EU insgesamt, aber immer noch an dritter Stelle, steht das Radio als Informationsmedium.

Wie schon im April so werden auch im Oktober Broschüren und Merkblätter als Informationsmaterial zur Europäischen Union deutlich häufiger gewünscht als tatsächlich genutzt.

Die Nutzung des Internet zur Information über die EU ist in Deutschland leicht rückläufig und liegt im Oktober 2002 etwas unter dem EU-Durchschnitt.

Das Erreichen von mehr Bürgernähe durch Information über die Europäische Union, ihre Politik und ihre Institutionen betrachten im Oktober 2002 70% der Deutschen und 71% der EU-Bürger als vorrangig zu behandelnde Aufgabe der Europäischen Union. Dieses entspricht einer Steigerung um jeweils drei Prozentpunkte seit April 2002, die Notwendigkeit dieser Information wird auch durch das Ergebnis der Fragen zum Wissen über die Europäische Union belegt.

Ebenfalls ansteigend ist die Zustimmung unter den Bürgern dazu, dass die Arbeitsweise der Institutionen bereits im Schulunterricht vermittelt wird (D: 85%, + 5, EU 15: 84%, +3). Da die Europäische Union jedoch kein statisches Gebilde ist, sondern Produkt des dynamischen Prozesses der europäischen Einigung, kann das Schulwissen nur die Basis bilden, die einer ständigen Aktualisierung bedarf.

9.3 Kenntnis der Institutionen

Die Bekanntheit der EU-Institutionen ist sowohl in Deutschland als auch EU-weit im Oktober 2002 durchweg höher als im April.

Trotz des in Deutschland noch etwas höheren Bekanntheitsanstiegs ist das „institutionelle Dreieck“ Parlament, Kommission und Ministerrat in Deutschland weiterhin einem geringeren Bevölkerungsanteil bekannt als im EU-Durchschnitt. Dagegen sind in Deutschland, wie bereits im April 2002, die Europäische Zentralbank, der Europäische Gerichtshof und der Europäische Rechnungshof bekannter als in der EU insgesamt.

Bekanntheit von EU-Institutionen („schon einmal etwas gehört oder gelesen über...“; Mehrfachnennungen in %)				
	Deutschland (Total)		EU 15	
	Apr 02	Okt 02	Apr 02	Okt 02
das Europäische Parlament	84	90	89	92
die Europäische Zentralbank	81	85	73	74
den Europäische Gerichtshof	77	85	67	72
die Europäische Kommission	69	73	78	80
den Europäische Rechnungshof	64	72	48	52
den Ministerrat der Europäischen Union	54	60	63	66
den Wirtschafts- und Sozialausschuss	36	42	33	36
den Ausschuss der Regionen	27	30	27	29
den Europäische Ombudsmann	22	23	35	36
den Konvent zur Reform der Europäischen Union	21	22	28	28

In Deutschland ist die Bekanntheit des Europäischen Parlaments mit 90% im Oktober 2002 fast ebenso hoch, wie in der EU insgesamt (92%). Das Parlament ist damit nach wie vor die bekannteste Institution der EU.

Mit jeweils 85% Bekanntheit folgen in Deutschland die Europäische Zentralbank und der Europäische Gerichtshof, in der EU insgesamt dagegen mit 80% die Europäische Kommission vor der Zentralbank mit 74%.

9.4 Zusammenfassung

- Während die Deutschen nach eigener Einschätzung zu den am Besten über die Europäische Union informierten EU-Bürgern gehören, ist ihr Kenntnisstand objektiv betrachtet eher gering. So beantworten sie nur zwei von fünf Wissensfragen über die Europäische Union zu einem größeren Anteil richtig, als der EU-Durchschnitt.
- Nur rund vier von zehn Deutschen (und EU-Bürgern) ist bewusst, dass die Mitglieder des Europäischen Parlaments von den Bürgern gewählt werden.
- Als Informationsquellen über die Europäische Union dienen hauptsächlich das Fernsehen, die Tagespresse und der Rundfunk, letzterer scheint jedoch an Bedeutung zu verlieren.
- Die Bekanntheit der EU-Institutionen ist in Deutschland und der EU gestiegen. In Deutschland sind weiterhin das Parlament, die Kommission und der Ministerrat weniger bekannt, die Zentralbank, der Gerichtshof und der Rechnungshof dagegen bekannter als im EU Durchschnitt.

10 ANHANG

STANDARD EUROBAROMETER 58.1

TECHNICAL SPECIFICATIONS

Between 1 October 2002 and 5 November 2002, the European Opinion Research Group, a consortium of Market and Public Opinion Research agencies, made out of INRA in Belgium – I.C.O. and GfK Worldwide, carried out wave 58.1 of the standard Eurobarometer, on request of the EUROPEAN COMMISSION, Directorate-General Press and Communication, Opinion Polls.

The Standard EUROBAROMETER 58.1 covers the population of the respective nationalities of the European Union Member States, aged 15 years and over, resident in each of the Member States. The basic sample design applied in all Member States is a multi-stage, random (probability) one. In each EU country, a number of sampling points was drawn with probability proportional to population size (for a total coverage of the country) and to population density.

For doing so, the points were drawn systematically from each of the "administrative regional units", after stratification by individual unit and type of area. They thus represent the whole territory of the Member States according to the EUROSTAT NUTS 2 (or equivalent) and according to the distribution of the resident population of the respective EU-nationalities in terms of metropolitan, urban and rural areas. In each of the selected sampling points, a starting address was drawn, at random. Further addresses were selected as every Nth address by standard random route procedures, from the initial address. In each household, the respondent was drawn, at random. All interviews were face-to-face in people's home and in the appropriate national language.

COUNTRIES	INSTITUTES	N° INTERVIEWS	FIELDWORK DATES	POPULATION 15+ (x 000)
Belgium	INRA BELGIUM	1,037	4/10 – 31/10	8,326
Denmark	GfK DENMARK	1,000	3/10 – 5/11	4,338
Germany (East)	INRA DEUTSCHLAND	1,016	1/10 – 20/10	13,028
Germany (West)	INRA DEUTSCHLAND	1,018	1/10 – 19/10	55,782
Greece	MARKET ANALYSIS	1,003	4/10 – 1/11	8,793
Spain	INRA ESPAÑA	1,000	1/10 – 4/11	33,024
France	CSA-TMO	1,004	1/10 – 5/11	46,945
Ireland	LANSDOWNE Market Research	1,016	1/10 – 29/10	2,980
Italy	INRA Demoskopoea	1,043	1/10 – 31/10	49,017
Luxembourg	ILRes	600	1/10 – 31/10	364
The Netherlands	INTOMART	1,000	1/10 – 28/10	12,705
Austria	SPECTRA	1,010	1/10 – 23/10	6,668
Portugal	METRIS	1,000	3/10 – 24/10	8,217
Finland	MDC MARKETING RESEARCH	1,013	3/10 – 5/11	4,165
Sweden	GfK SVERIGE	1,000	1/10 – 5/11	7,183
Great Britain	MARTIN HAMBLIN LTD	1,014	1/10 – 3/11	46,077
Northern Ireland	ULSTER MARKETING SURVEYS	300	3/10 – 5/11	1,273
TOTAL NUMBER OF INTERVIEWS		16,074		

For each country a comparison between the sample and the universe was carried out. The Universe description was derived from Eurostat population data or from national statistics. For all EU member-countries a national weighting procedure, using marginal and intercellular weighting, was carried out based on this Universe description. As such in all countries, minimum gender, age, region NUTS 2 were introduced in the iteration procedure. For international weighting (i.e. EU averages), INRA (EUROPE) applies the official population figures as provided by EUROSTAT in the Regional Statistics Yearbook (data for 1997). The total population figures for input in this post-weighting procedure are listed above.

The results of the Eurobarometer studies are reported in the form of tables, datafiles and analyses. Per question a table of results is given with the full question text in English, French and German. The results are expressed as a percentage of the total. The results of the Eurobarometer surveys are analysed and made available through the Directorate-General Press and Communication, Opinion Polls of the European Commission, rue de la Loi 200, B-1049 Brussels. The results are published on the Internet server of the European Commission: <http://europa.eu.int/comm/dg10/epo>. All Eurobarometer datafiles are stored at the Zentral Archiv (Universität Köln, Bachemer Strasse, 40, D-50869 Köln-Lindenthal), available through the CESSDA Database <http://www.nsd.uib.no/cessda/europe.html>. They are at the disposal of all institutes members of the European Consortium for Political Research (Essex), of the Inter-University Consortium for Political and Social Research (Michigan) and of all those interested in social science research.

Readers are reminded that survey results are estimations, the accuracy of which, everything being equal, rests upon the sample size and upon the observed percentage. With samples of about 1,000 interviews, the real percentages vary within the following confidence limits:

Observed percentages	10% or 90%	20% or 80%	30% or 70%	40% or 60%	50%
Confidence limits	± 1.9%	± 2.5%	± 2.7%	± 3.0%	± 3.1%

**STANDARD EUROBAROMETER 58.0
CO-OPERATING AGENCIES AND RESEARCH EXECUTIVES**

**The European Opinion Research Group EEIG
P.a. INRA (EUROPE) - European Coordination Office SA/NV
Christine KOTARAKOS
159, avenue dela Couronne
B -1050 BRUSSELS – BELGIUM
Tel. ++/32 2 642 47 11 – Fax: ++/32 2 648 34 08
e-mail: christine.kotarakos@eorg.be**

BELGIQUE	INRA BELGIUM 159, avenue de la Couronne B-1050 BRUXELLES	Ms Verena MELAN verena.melan@inra.com	tel. fax	++/32 2 642 47 11 ++/32 2 648 34 08
DANMARK	GfK DANMARK Sylows Allé, 1 DK-2000 FREDERIKSBERG	Mr Erik CHRISTIANSEN erik.christiansen@gfk.dk	tel. fax	++/45 38 32 20 00 ++/45 38 32 20 01
DEUTSCHLAND	INRA DEUTSCHLAND Papenkamp, 2-6 D-23879 MÖLLN	Mr Christian HOLST christian.holst@inra.de	tel. fax	++/49 4542 801 0 ++/49 4542 801 201
ELLAS	Market Analysis 190 Hymettus Street GR-11635 ATHENA	Mr. Spyros Camilleris markanalysis@marketanalysis.gr	tel. fax	++/30 1 75 64 688 ++/30/1/70 19 355
ESPAÑA	INRA ESPAÑA C/Alberto Aguilera, 7-5° E-28015 MADRID	Ms Victoria MIQUEL victoria.miquel@inra.es	tel. fax	++/34 91 594 47 93 ++/34 91 594 52 23
FRANCE	CSA-TMO 30, rue Saint Augustin F-75002 PARIS	Mr. Bruno JEANBART bruno.jeanbart@csa-tmo.fr	tel. fax	++/33 1 44 94 59 10 ++/33 1 44 94 40 01
IRELAND	LANSDOWNE Market Research 49, St. Stephen's Green IRL-DUBLIN 2	Mr Roger JUPP roger@lmr.ie	tel. fax	++/353 1 661 34 83 ++/353 1 661 34 79
ITALIA	INRA Demoskopea Via Salaria, 290 I-00199 ROMA	Mrs Maria-Adelaide SANTILLI Santilli@demoskopoea.it	tel. fax	++/39 06 85 37 521 ++/39 06 85 35 01 75
LUXEMBOURG	ILReS 46, rue du Cimetière L-1338 LUXEMBOURG	Mr Charles MARGUE charles.margue@ilres.com	tel. fax	++/352 49 92 91 ++/352 49 92 95 555
NEDERLAND	Intomart Noordse Bosje 13-15 NL - 1201 DA HILVERSUM	Mr. Remko VAN DEN DOOL Remko.van.den.dool@intomart.nl	tel. fax	++/31/35/625 84 11 ++/31/35/625 84 33
AUSTRIA	SPECTRA Brucknerstrasse, 3-5/4 A-4020 LINZ	Ms Jitka NEUMANN neji@spectra.at	tel. fax	++/43/732/6901 ++/43/732/6901-4
PORTUGAL	MetrisGfK Rua Marquês da Fronteira, 8 – 1° Andar 1070 - 296 LISBOA	Ms Mafalda BRASIL mafaldabrasil@metris.gfk.pt	tel. fax	++/351 210 000 200 ++/351 210 000 290
FINLAND	MDC MARKETING RESEARCH Ltd Itätuulenkuja 10 A FIN-02100 ESPOO	Mrs Anu SIMULA anu.simula@gallup.fi	tel. fax	++/358 9 613 500 ++/358 9 613 50 423
SWEDEN	GfK SVERIGE S:t Lars väg 46 S-221 00 LUND	Mr Rikard EKDAHL rikard.ekdahl@gfksverige.se	tel. fax	++/46 46 18 16 00 ++/46 46 18 16 11
GREAT BRITAIN	MARTIN HAMBLIN LTD Mulberry House, Smith Square 36 UK-London Swip 3HL	Mr. Ross Williams ross.williams@martinhamblin.co.uk	tel. fax	++/44 207 222 81 81 ++/44 207 396 90 46

Studie Nr.	102 388 (530)
Land	14 Deutschland-West/ (Ost)
INRA (E)-Studie Nr.	EB 58.1
SPLIT	1 2
Version	final
Fragebogen-Nr.	
Adressenlisten-Nr.	
Interviewer-Nr.	

A) Wie viele Personen leben ständig in Ihrem Haushalt, Sie selbst und die Kinder mit eingeschlossen?

- 1 ... eine Person
- 2 ... zwei Personen
- 3 ... drei Personen
- 4 ... vier Personen
- 5 ... fünf Personen
- 6 ... sechs Personen
- 7 ... sieben Personen
- 8 ... acht Personen
- 9 ... neun Personen +

B) Und wie viele Personen davon sind 15 Jahre und älter?

- 1 ... eine Person
- 2 ... zwei Personen
- 3 ... drei Personen
- 4 ... vier Personen
- 5 ... fünf Personen
- 6 ... sechs Personen
- 7 ... sieben Personen
- 8 ... acht Personen
- 9 ... neun Personen +

C) Nennen Sie mir doch bitte die Vornamen dieser ... (**Antwort aus Frage B nennen**) Personen und fangen Sie mit der ältesten Person an.

Q1

Welche Staatsangehörigkeit besitzen Sie? Nennen Sie mir bitte das Land bzw. die Länder, deren Staatsangehörigkeit Sie besitzen.

INT: Mehrfachnennungen möglich.

- | | | | |
|----|-----------------------------------|---|-----------------------|
| 1 | Belgien |) | |
| 2 | Dänemark |) |) |
| 3 | Deutschland |) | |
| 4 | Griechenland |) | |
| 5 | Spanien |) | |
| 6 | Frankreich |) |) |
| 7 | Irland |) | |
| 8 | Italien |) | → weiter mit Frage Q2 |
| 9 | Luxemburg |) |) |
| 10 | Niederlande |) | |
| 11 | Portugal |) | |
| 12 | Großbritannien (inkl. Nordirland) |) | |
| 13 | Österreich |) |) |
| 14 | Schweden |) |) |
| 15 | Finnland |) |) |
| 16 | andere Länder |) | → ENDE |
| 17 | Weiß nicht |) | → ENDE |

Q2

Würden Sie sagen, dass Sie, wenn Sie mit Freunden zusammen sind, politische Dinge häufig, gelegentlich oder niemals diskutieren?

- | | |
|---|--------------|
| 1 | häufig |
| 2 | gelegentlich |
| 3 | niemals |
| 4 | weiß nicht |

Q3

Kommt es vor, dass Sie Ihre Freunde, Ihre Arbeitskollegen oder Ihre Bekannten von einer Meinung überzeugen, auf die Sie selbst großen Wert legen? Geschieht dies ...

INT.: Vorlesen. Nur EINE Nennung.

- | | |
|---|-----------------------|
| 1 | ... häufig, |
| 2 | ... von Zeit zu Zeit, |
| 3 | ... selten oder |
| 4 | ... niemals? |
| 5 | weiß nicht |

Q4

Sind Sie insgesamt gesehen mit dem Leben, das Sie führen, sehr zufrieden, ziemlich zufrieden, nicht sehr zufrieden oder überhaupt nicht zufrieden? Würden Sie sagen, Sie sind ...

INT.: Vorlesen. Nur EINE Nennung.

- | | |
|---|--------------------------------|
| 1 | ... sehr zufrieden, |
| 2 | ... ziemlich zufrieden, |
| 3 | ... nicht sehr zufrieden oder |
| 4 | ... überhaupt nicht zufrieden? |
| 5 | weiß nicht |

Q5

Welche Erwartungen haben Sie an das kommende Jahr? Wird das Jahr 2003 besser, schlechter oder gleich sein, wenn es um folgendes geht: ...

INT.: Einzeln vorlesen.

	besser	schlechter	gleich	weiß nicht
1... Ihr Leben im allgemeinen	1	2	3	4
2... die wirtschaftliche Lage in Deutschland				
3... die finanzielle Situation Ihres Haushaltes				
4... die Lage auf dem Arbeitsmarkt in Deutschland				
5... Ihre persönliche berufliche Situation				

Q6

Und können Sie mir bitte sagen, ob Sie in den kommenden 6 Monaten erwarten, mehr, weniger oder genauso viel für Miete oder Wohnen auszugeben?

INT.: Einzeln vorlesen

Und wie ist das mit Ihren Ausgaben für

	mehr	weniger	genauso viel	weiß nicht
1. Miete / Wohnen	1	2	3	4
2. ... Bekleidung				
3. ... Lebensmittel / Essen				
4. ... Gesundheit				
5. ... Transportmittel				
6. ... Freizeit				

Q7

a) Haben Sie dieses Symbol schon einmal gesehen?

INT.: Abbildung Q7 vorlegen.

- 1 Ja → weiter mit Frage Q7b
- 2 Nein → weiter mit Frage Q8
- 3 Weiß nicht → weiter mit Frage Q8

INT.: Wenn in Frage Q7a Position 1 „ja“ genannt

b) Könnten Sie mir sagen, was das Symbol bedeutet?

INT.: Antworten NICHT vorlesen. Befragten spontan antworten lassen und die Antwort im Schema RICHTIG zuordnen.

- 1 Ja, „Europa“, „die Europäische Union“, „die Gemeinschaft“, „der gemeinsame Markt“, „der Europäische Rat“
- 2 Ja, andere Nennung
- 3 Nein, weiß nicht was es darstellt
- 4 weiß nicht

Q8

Dieses Symbol ist die Europäische Flagge. Hier ist eine Liste mit Aussagen dazu. Ich würde gerne Ihre Meinung zu jeder Aussage erfahren. Bitte sagen Sie mir für jede Aussage, ob Sie ihr eher zustimmen, oder ob Sie sie eher ablehnen.

INT.: Aussagen vorlesen

	stimme eher zu	lehne eher ab	weiß nicht
1. Diese Flagge ist ein gutes Symbol für Europa	1	2	3
2. Diese Flagge steht für etwas Gutes			
3. Mit dieser Flagge kann ich mich identifizieren			
4. Diese Flagge sollte an allen öffentlichen Gebäuden in Deutschland neben der Nationalflagge hängen			

Q9

Sagen Sie mir bitte anhand dieser Skala, wie viel Sie Ihrer Meinung nach über die Europäische Union, ihre Politik und ihre Institutionen wissen. Die 1 bedeutet: "weiß überhaupt nichts darüber", die 10 bedeutet "weiß sehr viel darüber". Mit den Werten dazwischen können Sie Ihre Meinung abstufen.

INT.: Skala Q9 vorlegen.

weiß überhaupt nichts darüber											weiß sehr viel darüber
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
1	weiß nicht										

Q10

Wenn Sie Informationen über die Europäische Union, ihre Politik und ihre Institutionen erhalten wollen, welche der folgenden Informationsquellen nutzen Sie dann?

INT.: Liste Q10 vorlegen. Mehrfachnennungen möglich. Intensiv nachfragen:

Und welche noch?

1	Treffen, Veranstaltungen	→ WEITER MIT FRAGE Q11
2	Gespräche mit Verwandten, Freunden, Kollegen	→ WEITER MIT FRAGE Q11
3	Tageszeitungen	→ WEITER MIT FRAGE Q11
4	Wochenzeitungen, Zeitschriften	→ WEITER MIT FRAGE Q11
5	Fernsehen	→ WEITER MIT FRAGE Q11
6	Radio	→ WEITER MIT FRAGE Q11
7	Internet	→ WEITER MIT FRAGE Q11
8	Bücher, Broschüren, Informationsblätter	→ WEITER MIT FRAGE Q11
9	CD-ROM	→ WEITER MIT FRAGE Q11
10	Informationen über die Europäische Union in Aushängen in Büchereien, Rathäusern, Bahnhöfen, Post- ämtern	→ WEITER MIT FRAGE Q11
11	EU-Informationsbüros, Europa-Informationszentren, Europa-Informationsstände, Europa-Bibliotheken, usw.	→ WEITER MIT FRAGE Q11
12	Informationsbüros auf Bundes- oder Landesebene	→ WEITER MIT FRAGE Q11
13	Gewerkschaften oder Berufsverbände	→ WEITER MIT FRAGE Q11
14	andere Organisationen (z.B. Verbraucherorganisationen usw.)	→ WEITER MIT FRAGE Q11
15	ein Mitglied des Europäischen Parlaments oder des Deutschen Bundestages	→ WEITER MIT FRAGE Q11
FRAGE Q11		
16	sonstiges (INT.: NUR falls spontan genannt)	→ WEITER MIT FRAGE Q11
17	Suche nie nach solchen Informationen, kein Interesse (INT.: NUR falls spontan genannt)	→ WEITER MIT FRAGE Q12
18	Weiß nicht	→ WEITER MIT FRAGE Q11

INT.: Wenn in Frage Q10 Position 1-16 oder 18 „suche nach solchen Informationen“ in irgendeiner Form genannt:

Q11

Ganz allgemein, wie würden Sie Informationen über die Europäische Union am liebsten bekommen?

INT.: Liste Q11 vorlegen. Mehrfachnennungen möglich. Intensiv nachfragen:

Und wie noch?

1	Als kurzes Merkblatt, das nur einen Überblick gibt
2	Als detailliertere Broschüre
3	Als Buch mit umfassender Beschreibung
4	Auf Videokassette
5	Im Internet
6	Auf CD-ROM
7	Über einen Computer-Terminal, der es Ihnen ermöglicht, auf Datenbanken zuzugreifen
8	Aus dem Fernsehen
9	Aus dem Radio
10	Aus Tageszeitungen
11	Aus Wochenzeitungen, Zeitschriften

- 12 Von Postern, Plakaten
- 13 Ich wünsche keine Informationen über die Europäische Union (INT.: NUR falls spontan genannt!)
- 14 Keines davon (INT.: NUR falls spontan genannt)
- 15 Weiß nicht

AN ALLE

Q12

Ist allgemein gesehen die Mitgliedschaft Deutschlands in der Europäischen Union Ihrer Meinung nach ... ?
INT.: Vorlesen.

- 1 ... eine gute Sache,
- 2 ... eine schlechte Sache oder
- 3 ... weder gut noch schlecht?
- 4 Weiß nicht

Q13

Hat Ihrer Meinung nach Deutschland insgesamt gesehen durch die Mitgliedschaft in der Europäischen Union Vorteile, oder ist das nicht der Fall?

- 1 Vorteile
- 2 ist nicht der Fall
- 3 weiß nicht

Q14

Ganz allgemein gesprochen, ruft die Europäische Union bei Ihnen ein sehr positives, ziemlich positives, weder positives noch negatives, ziemlich negatives oder sehr negatives Bild hervor ?

- 1 sehr positiv
- 2 ziemlich positiv
- 3 weder positiv noch negativ
- 4 ziemlich negativ
- 5 sehr negativ
- 6 weiß nicht / habe keine Meinung dazu.

Q15

Was meinen Sie, hat Ihnen die Mitgliedschaft Deutschlands in der Europäischen Union persönlich mehr Vorteile oder Nachteile gebracht?

INT.: Vorlesen: Liste Q15 vorlegen. Nur EINE Nennung.

- 1 deutlich mehr Vorteile
- 2 mehr Vorteile
- 3 genau so viele Vorteile wie Nachteile
- 4 mehr Nachteile
- 5 deutlich mehr Nachteile
- 6 weiß nicht / habe keine Meinung dazu

Q16

In den letzten Monaten waren einige der Mitgliedsstaaten der Europäischen Union von schweren Überschwemmungen betroffen. Würden Sie sagen, dass die Mitgliedschaft dieser Länder in der Europäischen Union ein Vorteil, ein Nachteil oder weder ein Vorteil noch ein Nachteil ist, wenn es darum geht, bei der Beseitigung der Schäden Hilfe zu bekommen?

- 1 Ein Vorteil
- 2 Ein Nachteil
- 3 Weder ein Vorteil noch ein Nachteil
- 4 Weiß nicht

Q17

a) Wie hoch ist Ihrer Meinung nach die gegenwärtige Geschwindigkeit, mit der Europa aufgebaut wird? Bitte schauen Sie sich diese Männchen an. Nr. 1 steht still, Nr. 7 läuft so schnell wie möglich. Welches Männchen entspricht Ihrer Meinung nach der gegenwärtigen Geschwindigkeit beim Aufbau Europas am besten?

INT.: Liste Q17 vorlegen und liegen lassen.

- | | | |
|---|------------|------------------------------|
| 1 | Nummer 1 | steht still |
| 2 | Nummer 2 | |
| 3 | Nummer 3 | |
| 4 | Nummer 4 | |
| 5 | Nummer 5 | |
| 6 | Nummer 6 | |
| 7 | Nummer 7 | läuft so schnell wie möglich |
| 8 | weiß nicht | |

b) Und welches Männchen entspricht am besten der Geschwindigkeit, die Sie sich wünschen würden?

INT.: Liste Q17 liegt noch vor.

- | | | |
|---|------------|------------------------------|
| 1 | Nummer 1 | steht still |
| 2 | Nummer 2 | |
| 3 | Nummer 3 | |
| 4 | Nummer 4 | |
| 5 | Nummer 5 | |
| 6 | Nummer 6 | |
| 7 | Nummer 7 | läuft so schnell wie möglich |
| 8 | weiß nicht | |

Q18

a) Ihrer Meinung nach: Wird die Europäische Union in fünf Jahren eine wichtigere Rolle, eine weniger wichtige Rolle oder die gleiche Rolle wie bisher in Ihrem täglichen Leben spielen?

INT.: Antwort im Schema bei Frage Q18a ankreuzen.

b) Und was wünschen Sie sich: Dass die Europäische Union in fünf Jahren eine wichtigere Rolle, eine weniger wichtige Rolle oder die gleiche Rolle wie bisher in Ihrem täglichen Leben spielt?

INT.: Antwort im Schema bei Frage Q18b ankreuzen.

	wichtigere Rolle	weniger wichtige Rolle	gleiche Rolle	weiß nicht
Q18a) Erwartung	1	2	3	4
Q18b) Wunsch				

Q19

Haben Sie schon einmal etwas gehört oder gelesen über ...

INT.: Liste Q19 vorlegen, bis Q21 liegen lassen UND vorlesen.

	ja	nein	weiß nicht
1... das Europäische Parlament	1	2	3
2... die Europäische Kommission			
3... den Ministerrat der Europäischen Union			
4... den Europäischen Gerichtshof			
5... den Europäischen Ombudsmann			
6... die Europäische Zentralbank			
7... den Europäischen Rechnungshof			
8... den Ausschuss der Regionen der Europäischen Union			
9... den Wirtschafts- und Sozialausschuss der Europäischen Union			
10... den Konvent zur Reform der Europäischen Union			

Q20

Sagen Sie mir bitte für jede dieser europäischen Institutionen, ob sie Ihrer Meinung nach eine wichtige Rolle im Leben der Europäischen Union spielt oder nicht.

INT.: Liste Q19 liegt noch vor. Vorlesen.

	wichtige Rolle	keine wichtige Rolle	weiß nicht
1... das Europäische Parlament	1	2	3
2... die Europäische Kommission			
3... der Ministerrat der Europäischen Union			
4... der Europäische Gerichtshof			
5... der Europäische Ombudsmann			
6... die Europäische Zentralbank			
7... der Europäische Rechnungshof			
8... der Ausschuss der Regionen der Europäischen Union			
9... der Wirtschafts- und Sozialausschuss der Europäischen Union			
10... der Konvent zur Reform der Europäischen Union			

Q21

Sagen Sie mir bitte für jede dieser europäischen Institutionen, ob Sie ihr eher vertrauen oder eher nicht vertrauen.

INT.: Liste Q19 liegt noch vor. Vorlesen.

	eher vertrauen	eher nicht vertrauen	weiß nicht
1... dem Europäischen Parlament	1	2	3
2... der Europäischen Kommission			
3... dem Ministerrat der Europäischen Union			
4... dem Europäischen Gerichtshof			
5... dem Europäischen Ombudsmann			
6... der Europäischen Zentralbank			
7... dem Europäischen Rechnungshof			
8... dem Ausschuss der Regionen der Europäischen Union			
9... dem Wirtschafts- und Sozialausschuss der Europäischen Union			
10... dem Konvent zur Reform der Europäischen Union			

Q22

a) Sind Sie mit der Art und Weise, wie die Demokratie in Deutschland funktioniert, alles in allem gesehen sehr zufrieden, ziemlich zufrieden, nicht sehr zufrieden oder überhaupt nicht zufrieden?

INT.: Skala Q22 vorlegen und liegen lassen. Antwort im Schema bei Frage Q22a ankreuzen

b) Und wie ist es mit der Art und Weise, wie die Demokratie in der Europäischen Union funktioniert?

INT.: Skala Q22 liegt noch vor. Antwort im Schema bei Frage Q22b ankreuzen.

	sehr zufrieden	ziemlich zufrieden	nicht sehr zufrieden	überhaupt nicht zufrieden	weiß nicht
Q22a) in Deutschland	1	2	3	4	5
Q22b) in der Europäischen Union					

FRAGEN Q23 und Q24 ENTFALLEN

Q25a

Sagen Sie mir bitte für jeden der folgenden Bereiche, ob er Ihrer Meinung nach von der Deutschen Bundesregierung oder gemeinsam innerhalb der Europäischen Union entschieden werden sollte.

INT.: Bereiche einzeln vorlesen. Bei jedem Interview mit einem anderen Bereich beginnen.

Immer für alle Bereiche abfragen.

Hier den Startpunkt markieren.

	Entscheidung durch die Bundesregierung	Entscheidung gemeinsam innerhalb der EU	weiß nicht
1. Verteidigung	1	2	3
2. Umweltschutz			
3. Währungsfragen			
4. Humanitäre Hilfe			
5. Gesundheits- und Sozialwesen			
6. Grundregeln für Rundfunk, Fernsehen und Presse			
7. Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung			
8. Kampf gegen Arbeitslosigkeit			
9. Landwirtschafts- und Fischereipolitik			
10. Unterstützung wirtschaftlich schwacher Regionen			
11. Bildungs- und Erziehungswesen			
12. Forschung in Wissenschaft und Technik			
13. Informationen über die Europäische Union, ihre Politik und ihre Institutionen			
14. Außenpolitik gegenüber Ländern außerhalb der Europäischen Union			
15. Kulturpolitik			

Q25b

Und wie ist das mit den folgenden Bereichen?

INT.: Bereiche einzeln vorlesen. Bei jedem Interview mit einem anderen Bereich beginnen.

Immer für alle Bereiche abfragen.

Hier den Startpunkt markieren.

	Entscheidung durch die Bundesregierung	Entscheidung gemeinsam innerhalb der EU	weiß nicht
1. Einwanderungspolitik	1	2	3
2. Regelungen zum politischen Asyl			
3. Kampf gegen das organisierte Verbrechen			
4. Polizeiwesen			
5. Justiz			
6. Aufnahme von Flüchtlingen			
7. Verhinderung von Jugendkriminalität			
8. Verhinderung von Kriminalität in den Städten			
9. Kampf gegen Drogen			
10. Kampf gegen Menschenhandel und die Ausbeutung von Menschen			

11. Kampf gegen den internationalen Terrorismus			
12. Die Herausforderungen angehen, die sich durch eine alternde Bevölkerung ergeben.			

Q26

Wie ist Ihre Meinung zu den folgenden Vorschlägen? Bitte sagen Sie mir für jeden Vorschlag, ob Sie dafür oder dagegen sind.

INT.: Einzelnen vorlesen. Reihenfolge der Vorschläge von Interview zu Interview ändern. Aber immer alle Vorschläge abfragen.

Hier den Startpunkt markieren:

	dafür	dagegen	weiß nicht
1. Eine Europäische Währungsunion mit einer gemeinsamen Währung, nämlich dem Euro.	1	2	3
2. Eine gemeinsame Außenpolitik der Mitgliedsstaaten der Europäischen Union gegenüber anderen Staaten.			
3. Eine gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Mitgliedsstaaten der Europäischen Union.			
4. Die Erweiterung der Europäischen Union um neue Länder.			
5. Dass die Europäische Union für jene Fragen und Probleme zuständig sein sollte, die nicht effektiv durch die nationalen, regionalen und kommunalen Regierungen gelöst werden können.			
6. Der Rücktritt des Präsidenten der Europäischen Kommission und der Europäischen Kommissare, wenn diese nicht das Vertrauen einer Mehrheit im Europäischen Parlament besitzen.			
7. Kindern in der Schule lehren, wie die Institutionen der Europäischen Union arbeiten.			

Q27

Ich lese Ihnen nun einige Maßnahmen vor, die die Europäische Union ergreifen könnte. Sagen Sie mir bitte für jede dieser Maßnahmen, ob sie Ihrer Meinung nach vorrangig behandelt werden sollte oder nicht.

INT.: Einzelnen vorlesen.

	vorrangig behandeln	nicht vorrangig behandeln	weiß nicht
1. Neue Mitgliedsstaaten aufnehmen	1	2	3
2. Mehr Bürgernähe in Europa erreichen, z.B. indem man die Bürger besser über die Europäische Union, ihre Politik und ihre Institutionen informiert			
3. Die einheitliche Europäische Währung, den Euro, erfolgreich einführen			
4. Armut und soziale Ausgrenzung bekämpfen			
5. Umweltschutz			
6. Die Qualität von Lebensmitteln garantieren			
7. Verbraucher schützen und auch die Qualität anderer Produkte als von Lebensmitteln garantieren			
8. Kampf gegen Arbeitslosigkeit			
9. Die Reform der Institutionen der Europäischen Union und deren Arbeitsweise			
10. Das organisierte Verbrechen und den Drogenhandel bekämpfen			
11. Die politische und diplomatische Bedeutung der Europäischen Union in der Welt betonen			

12. Frieden und Sicherheit in Europa bewahren			
13. Die Rechte des einzelnen und den Respekt vor den Grundsätzen der Demokratie in Europa garantieren			
14. Den Terrorismus bekämpfen			
15. Der Kampf gegen illegale Einwanderung			

Q28

Sagen Sie mir bitte für jeden der folgenden Bereiche, wie wirksam die Europäische Union Ihrer Meinung nach handelt oder handeln würde: Ist oder wäre sie sehr wirksam, ziemlich wirksam, nicht sehr wirksam oder überhaupt nicht wirksam?

INT: Skala Q28 vorlegen. Bereiche einzeln vorlesen.

	Sehr wirksam	Ziemlich wirksam	Nicht sehr wirksam	Überhaupt nicht wirksam	Weiß nicht
1. Neue Mitgliedsstaaten aufnehmen	1	2	3	4	5
2. Mehr Bürgernähe in Europa erreichen, z.B. indem man die Bürger besser über die Europäische Union, ihre Politik und ihre Institutionen informiert					
3. Die einheitliche Europäische Währung, den Euro, erfolgreich einführen					
4. Armut und soziale Ausgrenzung bekämpfen					
5. Umweltschutz					
6. Die Qualität von Lebensmitteln garantieren					
7. Verbraucher schützen und auch die Qualität anderer Produkte als von Lebensmitteln garantieren					
8. Kampf gegen Arbeitslosigkeit					
9. Die Reform der Institutionen der Europäischen Union und deren Arbeitsweise					
10. Das organisierte Verbrechen und den Drogenhandel bekämpfen					
11. Die politische und diplomatische Bedeutung der Europäischen Union in der Welt betonen					
12. Frieden und Sicherheit in Europa bewahren					
13. Die Rechte des einzelnen und den Respekt vor den Grundsätzen der Demokratie in Europa garantieren					
14. Den Terrorismus bekämpfen					
15. Der Kampf gegen illegale Einwanderung					

Q29

Ich habe hier eine Reihe von Dingen, vor denen sich einige Menschen fürchten. Sagen Sie mir bitte zu jedem dieser Dinge, ob Sie persönlich davor Angst haben, oder nicht.

Wie ist das mit ...?

INT: EINZELN vorlesen

	habe Angst davor 1	habe keine Angst davor 2	weiß nicht 3
1...einem Weltkrieg			
2...einem Atomkrieg in Europa			
3...einem konventionellen Krieg in Europa (weder atomar, biologisch oder chemisch)			
4...dem versehentlichen Abschuss einer Atomrakete			
5...einem Unfall in einem Kernkraftwerk			

6...der Verbreitung atomarer, biologischer oder chemischer Massenvernichtungswaffen			
7...ethnischen Konflikten (Rassenkonflikten) in Europa			
8... internationalem Terrorismus			
9...organisierter Kriminalität			
10...Seuchen / Epidemien			

Q30

Sollten Ihrer Meinung nach Entscheidungen, die die Europäische Verteidigungspolitik betreffen, von den nationalen Regierungen, von der NATO, oder von der Europäischen Union getroffen werden?

INT: Bei Nachfragen: NATO ist das Nordatlantische Verteidigungsbündnis

INT: Nur EINE Nennung zulassen

- 1 von den nationalen Regierungen
- 2 von der NATO
- 3 von der Europäischen Union
- 4 von anderen (INT: NUR falls spontan genannt!)
- 5 weiß nicht

Q31

Man kann sich ja unterschiedlich stark verbunden fühlen mit seinem Dorf oder seiner Stadt, seiner Region, seinem Land oder mit der Europäischen Union. Bitte sagen Sie mir, wie stark Sie sich verbunden fühlen mit ...

INT.: Skala Q31 vorlegen und Antwortvorgaben vorlesen:

	Sehr verbunden	Ziemlich verbunden	Nicht sehr verbunden	Überhaupt nicht verbunden	weiß nicht
a ... Ihrem Dorf bzw. Ihrer Stadt	1	2	3	4	5
b ... Ihrer Region					
c ... Deutschland					
d ... der Europäischen Union					

Q32

In der nahen Zukunft, sehen Sie sich da ...

INT.: Liste Q32 vorlegen UND vorlesen. Nur EINE Nennung.

- 1 ... nur als Deutsche/r,
- 2 ... als Deutsche/r und Europäer/in,
- 3 ... als Europäer/in und Deutsche/r oder
- 4 ... nur als Europäer/in?
- 5 weiß nicht

Q33

Am 1. Januar 2002 hat der Euro die D-Mark ersetzt. Ist dies Ihrer Meinung nach ...

INT.: Liste Q33 vorlegen UND vorlesen.

- 1: ... eine sehr gute Sache,
- 2: ... eine ziemlich gute Sache,
- 3: ... weder eine gute noch eine schlechte Sache,
- 4: ... eine ziemlich schlechte Sache oder
- 5: ... eine sehr schlechte Sache?
- 6: weiß nicht

Frage Q34 entfällt

Q35

Wie wohl fühlen Sie sich beim Gebrauch des Euro: Würden Sie sagen, dass Sie sich ...

INT.: Liste Q35 vorlegen UND vorlesen.

- 1: ... sehr wohl fühlen,
- 2: ... ziemlich wohl fühlen,
- 3: ... nicht sehr wohl fühlen oder
- 4: ... überhaupt nicht wohl fühlen?
- 5: weiß nicht.

Q36

Haben Sie persönlich den Eindruck, dass bei der Umstellung zum Euro die Preise im allgemeinen abgerundet wurden, aufgerundet wurden oder gar nicht gerundet wurden?

(INT: Falls „abgerundet“:) Und wurde in allen Bereichen oder nur in bestimmten Bereichen abgerundet?

(INT: Falls „aufgerundet“:) Und wurde in allen Bereichen oder nur in bestimmten Bereichen aufgerundet?

INT.: Nur EINE Nennung.

- 1 Die Preise wurden im Allgemeinen nicht gerundet.
- 2 Die Preise wurden im Allgemeinen in allen Bereichen abgerundet.
- 3 Die Preise wurden im Allgemeinen nur in bestimmten Bereichen abgerundet.
- 4 Die Preise wurden im Allgemeinen in allen Bereichen aufgerundet.
- 5 Die Preise wurden im Allgemeinen nur in bestimmten Bereichen aufgerundet.
- 6 Weiß nicht

Q37

Wie sehr hängen Sie persönlich an der einheitlichen europäischen Währung, also dem Euro: hängen Sie sehr daran, ziemlich daran, nicht sehr daran oder hängen Sie überhaupt nicht daran?

INT.: Nur EINE Nennung.

- 1 hänge sehr daran
- 2 hänge ziemlich daran
- 3 hänge nicht sehr daran
- 4 hänge überhaupt nicht daran
- 5 Weiß nicht

Q38

Und wie sehr hängen Sie persönlich noch an der D-Mark: hängen Sie noch sehr daran, ziemlich daran, nicht sehr daran oder hängen Sie überhaupt nicht mehr daran?

INT.: Nur EINE Nennung.

- 1 hänge noch sehr daran
- 2 hänge noch ziemlich daran
- 3 hänge nicht mehr sehr daran
- 4 hänge überhaupt nicht mehr daran
- 5 Weiß nicht

Lassen Sie uns jetzt über ein anderes Thema sprechen: Die Erweiterung der Europäischen Union:

Q39

Welche dieser drei Möglichkeiten für die unmittelbare Zukunft der Europäischen Union würden Sie bevorzugen?

INT: Liste Q39 vorlegen – Nur EINE Nennung

- 1: Die Europäische Union sollte um alle Länder, die beitreten möchten, erweitert werden.
- 2: Die Europäische Union sollte nur um einige der Länder, die beitreten möchten, erweitert werden.
- 3: Die Europäische Union sollte um keine weiteren Länder erweitert werden.
- 4: Keine dieser Möglichkeiten (INT: Nur falls SPONTAN genannt)
- 5: Weiß nicht.

Q40

Was meinen Sie, in welchem Maße beteiligen Sie sich persönlich an der politischen Diskussion um die Erweiterung der Europäischen Union?

INT.: Liste Q40 vorlegen. Nur EINE Nennung.

- 1: in großem Maße
- 2: etwas
- 3: nicht sehr viel
- 4: überhaupt nicht
- 5: Weiß nicht

Q41

Sagen Sie mir bitte für jedes der folgenden Länder, ob Sie dafür oder dagegen wären, dass es Teil der Europäischen Union wird.

INT.: Länder einzeln vorlesen. Bei jedem Interview mit einem anderen Land beginnen, aber immer für alle Länder abfragen.

Hier den Startpunkt markieren:

	dafür	dagegen	weiß nicht
1. Tschechien	1	2	3
2. Slowakei			
3. Polen			
4. Ungarn			
5. Rumänien			
6. Slowenien			
7. Estland			
8. Lettland			
9. Litauen			
10. Bulgarien			
11. Zypern			
12. Malta			
13. Türkei			

Q42

Und wie ist das mit jedem der folgenden Länder: Wären Sie dafür oder dagegen, dass es Teil der Europäischen Union wird?

INT.: Länder einzeln vorlesen. Bei jedem Interview mit einem anderen Land beginnen, aber immer für alle Länder abfragen.

Hier den Startpunkt markieren:

	dafür	dagegen	weiß nicht
1. Schweiz	1	2	3
2. Norwegen			
3. Bosnien-Herzegowina			
4. Kroatien			
5. die frühere Jugoslawische Republik Mazedonien			
6. Jugoslawien			
7. Island			
8. Albanien			

Q43

Wenn Sie jetzt einmal an die Erweiterung der Europäischen Union durch die Aufnahme neuer europäischer Länder denken, stimmen Sie dann den folgenden Aussagen eher zu oder eher nicht zu?

INT.: Aussagen einzeln vorlesen. Bei jedem Interview mit einer anderen Aussage beginnen, aber immer für alle Aussagen abfragen

Hier den Startpunkt markieren.

	stimme eher zu	stimme eher nicht zu	weiß nicht
1. Je mehr Mitgliedsländer die Europäische Union hat, desto mehr wird der Frieden und die Sicherheit in Europa garantiert sein.	1	2	3
2. Die Erweiterung wird keine Zusatzkosten für die jetzigen Mitgliedsländer, wie z.B. Deutschland, bedeuten.			
3. Nach der Erweiterung durch neue Länder wird Deutschland eine weniger wichtige Rolle in Europa spielen.			
4. Je mehr Mitgliedsländer es gibt, desto höher wird die Arbeitslosigkeit in Deutschland sein.			
5. Die Europäische Union sollte künftigen Mitgliedsländern finanziell helfen, auch schon bevor sie beitreten.			
6. Wenn erst mal neue Länder beigetreten sind, wird Deutschland weniger finanzielle Hilfe von der Europäischen Union erhalten.			
7. Mit zusätzlichen Ländern wird es sehr viel schwieriger sein, Entscheidungen auf Europäischer Ebene zu treffen.			
8. Je mehr Mitgliedsländer die Europäische Union hat, desto wichtiger wird ihre Rolle in der Welt sein.			
9. Die größere Zahl an Mitgliedsländern wird Europa kulturell bereichern.			
10. Die Europäische Union muss die Arbeitsweise ihrer Institutionen reformieren, bevor neue Mitgliedsländer aufgenommen werden.			

Q44

Wie gut fühlen Sie sich über die Erweiterung der Europäischen Union durch die neuen Beitrittskandidaten informiert?

INT.: Liste Q44 vorlegen.

- 1: Sehr gut informiert
- 2: Gut informiert
- 3: Nicht sehr gut informiert
- 4: Überhaupt nicht gut informiert
- 5: Weiß nicht.

Q45

Haben Sie in letzter Zeit etwas über die Erweiterung gelesen, gesehen oder gehört?

INT: Falls "ja": Und aus welchen Quellen?

INT.: Liste Q45 vorlegen. Mehrfachnennungen möglich.

- 1 Treffen, Veranstaltungen
- 2 Gespräche mit Verwandten, Freunden, Kollegen
- 3 Tageszeitungen
- 4 Wochenzeitungen, Zeitschriften
- 5 Fernsehen
- 6 Radio
- 7 Internet
- 8 Bücher, Broschüren, Informationsblätter
- 9 CD-ROM
- 10 Informationen über die Europäische Union in Aushängen in Büchereien, Rathäusern, Bahnhöfen, Postämtern
- 11 EU-Informationsbüros, Europa-Informationszentren, Europa-Informationsstände, Europa-Bibliotheken, usw.
- 12 Informationsbüros auf Bundes- oder Landesebene
- 13 Gewerkschaften oder Berufsverbände
- 14 Andere Organisationen (z.B. Verbraucherorganisationen usw.)
- 15 Ein Mitglied des Europäischen Parlaments oder des Deutschen Bundestages
- 16 Sonstiges (INT.: NUR falls spontan genannt)
- 17 Nein, suche nie nach solchen Informationen, kein Interesse (INT.: NUR falls spontan genannt)
- 18 Weiß nicht

Q46

Sagen Sie mir bitte für jede der folgenden Gruppen in Deutschland, ob diesen die Erweiterung Ihrer Meinung nach nützen wird, schaden wird, oder weder nützen noch schaden wird.

INT.: Aussagen einzeln vorlesen.

	Wird ihnen nützen	Wird ihnen schaden	Wird weder nützen noch schaden	Weiß nicht
1. Kleinen Unternehmen	1	2	3	4
2. Großen Unternehmen				
3. Landwirten				
4. Fischern				
5. Arbeitnehmern im allgemeinen				
6. Arbeitslosen				
7. Jungen Menschen				
8. Alten Menschen				
9. Ethnischen Minderheiten				
10. Menschen, die in großen Städten leben				
11. Menschen, die auf dem Land leben				

Q47

Glauben Sie, dass seit dem Fall der Berliner Mauer im Jahre 1989 die Länder aus Mittel- und Osteuropa ...

INT.: Aussagen einzeln vorlesen.

	Ja	Nein	Kommt darauf an (INT.: NUR falls spontan genannt)	Weiß nicht
1. ... demokratischer geworden sind?	1	2	3	4
2. ... hart daran gearbeitet haben, Korruption einzudämmen?				
3. ... wohlhabender geworden sind?				
4. ... ihre Umwelt verbessert haben?				

Q48

Nun geht es um die Rolle der U.S.A.: Würden Sie sagen, dass die U.S.A. im Bezug auf die folgenden Themen eher eine positive Rolle spielen, eher eine negative Rolle, oder weder eine positive noch eine negative Rolle spielen:

Wie ist das mit

INT.: Liste Q48 vorlegen. Aussagen einzeln vorlesen.

	Eher positive Rolle	Eher negative Rolle	Weder positive noch negative Rolle	Weiß nicht
1. ... dem Frieden in der Welt?	1	2	3	4
2. ... dem Kampf gegen Terrorismus?				
3. ... dem Wachstum der Weltwirtschaft?				
4. ... dem Kampf gegen Armut in der Welt?				
5. ... dem Umweltschutz?				

Q49

Sind Sie der Meinung, dass die Europäische Union eine Verfassung haben sollte, oder nicht?

1: Ja, sie sollte eine Verfassung haben

2: Nein, sie sollte keine Verfassung haben

3: weiß nicht

Q50

Welche der folgenden Aussagen kommt Ihrer eigenen Meinung am nächsten: Der Präsident der Europäischen Kommission sollte ...

INT: Vorlesen. Nur EINE Nennung.

- 1 ... von den Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union ernannt werden.
- 2 ... von der Mehrheit des Europäischen Parlamentes gewählt werden.
- 3 ... direkt von den Bürgern der Europäischen Union gewählt werden.
- 4 Andere (INT: Nur falls SPONTAN genannt)
- 5 Weiß nicht

Q51

In der Europäischen Union hat jedes Mitgliedsland das Recht, ein Veto bei den wichtigsten oder heikelsten Entscheidungen einzulegen. Mit anderen Worten, jedes Land kann eine solche Entscheidung blockieren, selbst wenn die anderen Länder diese Entscheidung unterstützen. Sollte dieses Vetorecht

INT: Liste Q51 vorlegen und vorlesen. Nur EINE Nennung.

- 1 ... beibehalten werden, um die wesentlichen nationalen Interessen zu erhalten?
- 2 ... abgeschafft werden, um die Europäische Union leistungsfähiger zu machen?
- 3 Weiß nicht

Q52

Diesen Teil der Befragung beenden wir mit einem kleinen Quiz. Sagen Sie mir bitte für jede der folgenden Aussagen, ob diese Ihrer Meinung nach richtig oder falsch ist.

INT.: Aussagen einzeln vorlesen.

	Richtig	Falsch	Weiß nicht
1. Die Europäische Union besteht aus 12 Mitgliedsländern.	1	2	3
2. Die Europäische Gemeinschaft wurde kurz nach dem Ersten Weltkrieg gegründet.			
3. Die Europäische Union hat ihre eigene Hymne.			
4. Jedes Jahr wird der Europatag gemeinsam von allen Mitgliedsländern der Europäischen Union begangen.			
5. Die Mitglieder des Europäischen Parlamentes werden von Bürgern wie uns gewählt.			

D1

In der Politik spricht man von "links" und "rechts". Wie würden Sie persönlich Ihren politischen Standpunkt auf dieser Liste einordnen?

INT: Skala D1 vorlegen; dem Befragten Zeit lassen, n i c h t beeinflussen: falls er zögert, zur Antwort ermutigen!

links											rechts
1	2	3	4	5	6	7	8	9			10

1: Verweigert

2: Weiß nicht

Fragen D2 bis D6 entfallen

D7

Hier ist eine Liste mit möglichen Familiensituationen. Welche davon entspricht Ihrer eigenen Lebenssituation am besten? Es genügt, wenn Sie mir den Buchstaben nennen.

INT: Liste D7 vorlegen. Nur EINE Nennung zulassen.

1: A Verheiratet

2: B Verheiratet in 2. Ehe oder öfter

3: C Ledig, lebe mit einem Partner zusammen

4: D Ledig, noch nie mit einem Partner zusammengelebt

5: E Ledig, früher bereits mit einem Partner zusammengelebt, aber nun ohne Partner lebend

6: F Geschieden

7: G Getrennt lebend

8: H Verwitwet

9: sonstiges (INT: NUR falls spontan genannt!)

10: Verweigert (INT: NUR falls spontan genannt!)

D8

Wie alt waren Sie, als Sie mit Ihrer Schul- bzw. Universitätsausbildung aufgehört haben?

INT: Genaues Alter eintragen. Falls Befragte(r) zur Zeit noch in der Ausbildung: "00" eintragen.

/ ___ / ___ / Jahre

Frage D9 entfällt

D10

INT: Geschlecht eintragen:

1: männlich

2: weiblich

D11

Darf ich fragen, wie alt Sie sind ?

/ ___ / ___ / Jahre

Fragen D12 bis D14 entfallen

D15a

Sind Sie persönlich berufstätig?

Berufstätig

1: voll berufstätig (einschließlich Auszubildende)

2: teilweise berufstätig (einschließlich Auszubildende)

Nicht berufstätig

3: zur Zeit arbeitslos

4: Rentner/ Pensionär/ Frührentner

5: Hausfrau/ Hausmann und verantwortlich für den Haushaltseinkauf und den Haushalt (ohne anderweitige Beschäftigung)

6: Schüler/ Student

D15b

Welchen Beruf üben Sie zur Zeit aus bzw. welchen Beruf haben Sie zuletzt ausgeübt?

INT: Liste D15b vorlegen. Genaue Berufsbezeichnung notieren UND unten ankreuzen. Bei Auszubildenden Lehrberuf angeben.

Selbständig

1: Landwirt

2: Fischer

3: Freie Berufe (z.B. Rechtsanwalt, Arzt, Steuerberater, Architekt usw.)

4: Ladenbesitzer, Handwerker, usw.

5: Selbständige Unternehmer, Fabrikbesitzer (Alleininhaber, Teilhaber)

Angestellt

6: Freie Berufe im Angestelltenverhältnis (z.B. angestellte Ärzte, Anwälte, Steuerberater, Architekten usw.)

7: Leitende Angestellte, Direktor oder Vorstandsmitglied

8: Mittlere Angestellte (Bereichsleiter, Abteilungsleiter, Gruppenleiter, Lehrer, Technischer Leiter)

9: Sonstige Büroangestellte

10: Angestellte ohne Bürotätigkeit mit Schwerpunkt Reisetätigkeit (Vertreter, Fahrer)

11: Angestellte ohne Bürotätigkeit z.B. im Dienstleistungsbetrieb (Krankenschwester, Bedienung in Restaurant, Polizist, Feuerwehrmann)

12: Meister, Vorarbeiter, Aufsichtstätigkeit

13: Facharbeiter

14: sonstige Arbeiter

15: nie berufstätig gewesen

Fragen D16 bis D18 entfallen!

D19

Sind Sie in Ihrem Haushalt diejenige Person, die am meisten zum Haushaltseinkommen beiträgt?

1: Ja → weiter mit Frage D25

2: Nein → weiter mit Frage D21a

3: Beide gleich → weiter mit Frage D25

4: W.n./k.A. → weiter mit Frage D25

Frage D20 entfällt

INT: Nur wenn Befragter mit 'nein' (Pos. 2) in Frage D19, sonst weiter mit Frage D25

D21a

Ist die Person, die am meisten zum Haushaltseinkommen beiträgt, berufstätig?

Berufstätig

1: voll berufstätig (einschließlich Auszubildende)

2: teilweise berufstätig (einschließlich Auszubildende)

Nicht berufstätig

3: zur Zeit arbeitslos

4: Rentner/ Pensionär/ Frührentner

5: Hausfrau/ Hausmann und verantwortlich für den Haushaltseinkauf und den Haushalt (ohne anderweitige Beschäftigung)

6: Schüler/ Student

D21b

Welchen Beruf übt diese Person zur Zeit aus bzw. welchen Beruf hat sie zuletzt ausgeübt?

INT: Liste D15b/D21b vorlegen. Genaue Berufsbezeichnung notieren UND unten ankreuzen. Bei Auszubildenden Lehrberuf angeben.

Selbständig

1: Landwirt

2: Fischer

3: Freie Berufe (z.B. Rechtsanwalt, Arzt, Steuerberater, Architekt usw.)

4: Ladenbesitzer, Handwerker, usw.

5: Selbständige Unternehmer, Fabrikbesitzer (Alleininhaber, Teilhaber)

Angestellt

6: Freie Berufe im Angestelltenverhältnis (z.B. angestellte Ärzte, Anwälte, Steuerberater, Architekten usw.)

7: Leitende Angestellte, Direktor oder Vorstandsmitglied

8: Mittlere Angestellte (Bereichsleiter, Abteilungsleiter, Gruppenleiter, Lehrer, Technischer Leiter)

9: Sonstige Büroangestellte

10: Angestellte ohne Bürotätigkeit mit Schwerpunkt Reisetätigkeit (Vertreter, Fahrer)

11: Angestellte ohne Bürotätigkeit z.B. im Dienstleistungsbetrieb (Krankenschwester, Bedienung in Restaurant, Polizist, Feuerwehrmann)

12: Meister, Vorarbeiter, Aufsichtstätigkeit

13: Facharbeiter

14: sonstige Arbeiter

15: nie berufstätig gewesen

Fragen D22 bis D24 entfallen

AN ALLE

D25

Würden Sie sagen, dass Sie in einer ländlichen Gegend, also auf dem Dorf, in einer Kleinstadt oder Mittelstadt oder in einer großen Stadt leben?

1: ländliche Gegend

2: Klein- oder Mittelstadt

3: große Stadt

4: weiß nicht

Fragen D26 bis D28 entfallen!

D29

Um die Resultate dieser Umfrage für verschiedene Typen von Haushalten analysieren zu können, brauchen wir auch Informationen über das Einkommen dieses Haushalts pro Monat. Hier ist eine Liste mit Einkommensgruppen.

INT: Liste D29 vorlegen.

Rechnen Sie dafür bitte zusammen: alle Einkommen aus Lohn, Gehalt, Selbständigkeit; alle Einkommen aus Renten, Pensionen und Versicherungen; alle öffentlichen Zuwendungen wie Kindergeld und Wohngeld und eventuelle Einkommen aus Vermietung und Verpachtung. Ihre Angaben werden selbstverständlich vollkommen anonym gehalten, so dass keinerlei Rückschlüsse auf Sie oder Ihren Haushalt möglich sind. Bitte nennen Sie mir auf dieser Liste den Buchstaben, der für das monatliche Bruttoeinkommen Ihres Haushalts zutrifft, das heißt vor dem Abzug von Steuern und Sozialabgaben.

1: B		bis 1.500 DM	(bis 750 €)
2: T	1.501	bis 1.750 DM	(751 bis 875 €)
3: P	1.751	bis 2.000 DM	(876 bis 1.000 €)
4: F	2.001	bis 2.250 DM	(1.001 bis 1.125 €)
5: E	2.251	bis 2.500 DM	(1.126 bis 1.250 €)
6: H	2.501	bis 2.750 DM	(1.152 bis 1.375 €)
7: L	2.751	bis 3.000 DM	(1.376 bis 1.500 €)
8: N	3.001	bis 3.500 DM	(1.501 bis 1.750 €)
9: R	3.501	bis 4.000 DM	(1.751 bis 2.000 €)
10: M	4.001	bis 4.500 DM	(2.001 bis 2.250 €)
11: S	4.501	bis 5.000 DM	(2.251 bis 2.500 €)
12: K	5.001	DM und mehr	(2.501 € und mehr)
13:	verweigert		
14:	weiß nicht		

Fragen D30 bis D31 entfallen!

D32a

Besitzen Sie privat ein Telefon?

- 1: Ja
- 2: Nein

D32b

Gibt es in Ihrem Haushalt ein Mobiltelefon?

- 1: Ja
- 2: Nein

+ Interviewerprotokoll